

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Enteigneten an Hindenburg.

Ein offenes Wort in offenem Brief.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs- geschädigten- und Mieterorganisationen...

Herr Reichspräsident! Ihr Brief an den Staatsminister a. D. v. Loebell...

Erlantern Sie sich, Herr Reichspräsident, wie gerade vor einem Jahre die Delegierten der Reichsarbeitsgemeinschaft...

Wollen Sie, Herr Reichspräsident, die Fürstenteignung in Wahrheit verhindern...

Es bedarf Ihrer Willensäußerung in dieser Richtung vor dem 20. Juni...

Die Hoffnung der Enteigneten, daß Hindenburg ein neues Aufwertungsgefeß ankünden könnte...

Die Aufwertungs geschädigten für die Fürstenteignung.

Die Treulosigkeit der Rechtsparteien, die ihre im Wahlkampf gegebenen Versprechungen gegenüber den Aufwertungs geschädigten...

Die Aufwertungs geschädigten müssen, wenn sie ihr Recht erlangen wollen, auch die Macht haben...

Fürsten so schlecht geht, so haben wir darauf nur zu erwidern: Haben die Rechtsparteien danach getrachtet...

Der folgende Redner verlas den offenen Brief der Reichsarbeitsgemeinschaft an den Reichspräsidenten...

Wilhelms Sparkassenbuch.

Eine lehrreiche Aufstellung.

Wilhelm II. war sein Leben lang ein Verschwender, wenn es auf anderer Kosten ging. Für sich selbst aber hat er vorgesorgt.

Table with columns: Vermögen, Zinsen. Rows from 1888 to 1918 showing financial data.

Die Privatbank hatte also bei Ausbruch der Revolution etwa 43 000 000 M. Diese 43 Millionen Mark waren aber nicht in Kriessanleihe angelegt...

Es ist darauf nur eine Antwort möglich: Das Kreuz in den „Ja“-Kreis setzen!

Zentrum für Ja!

Das christliche Gewissen zwingt dazu.

Höchst (Main), 15. Juni. (fr.) Der Kreisvorstand der Zentrumspartei des Kreises Höchst hat nach eingehender Aussprache einstimmig eine Entschließung zum Volksscheid...

Die klare Entschließung wurde dem Reichsparteivorstand in Berlin übermittelt. Der Parteitag der Demokraten für Hessen-Rosau...

Dank?

Was schulden wir den Hohenzollern?

Von Marie Juchacz.

Dankbarkeit und Verehrung gehören durchaus nicht zu den Gefühlen, die wir Sozialdemokraten aus dem Schatz menschlicher Empfindungen verdrängt wissen wollen...

Erzberger, der hinterrücks Ermordete, erzählt in seinem Buch „Erlebnisse im Weltkrieg“ von drei Begegnungen, die er mit Wilhelm II. gehabt hatte.

Dieses Bild, das hier aus dem persönlichen Leben hindurchleuchtet, bildet eine Ergänzung der Persönlichkeits- schilderung, wie sie in der Einleitung zu Max Raurenbachers „Hohenzollernlegende“ gegeben wurde...

Wir aber, die arbeitenden Männer und Frauen des deutschen Volkes, sollen noch nachträglich in Dankbarkeit und Verehrung für einen Mann ersterben...

Wo aber steckt irgendeine moralische Pflicht der Dankbarkeit gegenüber einem Mann und seiner Familie, der sich so unvollkommen für sein Amt gezeigt hat?

Nun erst recht!

Beugt euch dem Terror nicht!

Ägliche geht uns neues Material zu, aus dem hervorgeht, daß die Fürstentumfreunde beabsichtigen, die Wähler am Sonntag durch Terror von der Abgabe ihrer Stimme abzuhalten. Besonders ist es der Landbund, der vor keinem Mittel zurückschreckt. Wie uns aus Pommern mitgeteilt wird, soll dort der Terror des Landbundes geradezu ungeheuerlich sein. Die Absichten dieser Sippchaft kennzeichnet folgendes Rundschreiben:

Pommerscher Landbund. Raumburg, den 11. Juni 1926.
Kreisgruppe Dramburg.

An die Herren Ortsgruppenvorsitzenden!

Beifolgend geht Ihnen Material zu, was Sie wünschen und was wir bitten, unter diejenigen Ihres Ortes zu verteilen, die wankelmütig sind, und solche, von denen Sie glauben, daß sie erst zum Volksentscheid hingehen. Ferner bitten wir aber auch unsere Mitglieder, und zwar auch die, von denen Sie wissen, daß sie unter keinen Umständen den Volksentscheid mitmachen, zu unterrichten, damit sie in Versammlungen gegebenenfalls Hohnrednern entgegenzutreten können. Dann bitten wir, bis Sonntag festzustellen, ob jeder in die Wahlliste eingetragen ist. Es darf auch nicht ein einziger Wahlberechtigter fehlen. Wenn es früher öfter so gehandhabt worden ist, daß man glaubte, auf alle Mütterchen usw. läme es nicht an, so kommt es heute auf jeden Stimmberechtigten an. Jeder einzelne muß in der Wahlliste stehen, nur müssen Sie dafür sorgen, daß niemand am 20. zur Abstimmung hingehet. Ferner bitten wir, am Wahllokal jemand aufpassen zu lassen, der feststellt, wer überhaupt hingehet, damit wir sehen, wer diesen Diebstahl mitmacht. Daß es diesmal gerade um das Fürstentumvermögen geht, spielt eigentlich gar keine Rolle. Die Hauptsache ist, daß wir zeigen, daß Recht Recht bleiben und daß Eigentum geschützt werden soll. Sollten Sie noch Aufklärungsschriften brauchen oder sollte die Anwesenheit eines Redners dringend notwendig sein, dann bitten wir um eine entsprechende Nachricht.

Mit Bundesgruß gez. Schulz.

Die terroristischen Maßnahmen der Fürstendienen beweisen besser als alles andere, welche Angst sie vor dem Sonntag des Volksentscheids haben. Sie wissen genau, das Volk ist für den Entscheid. Aber Terror soll den Volkswillen brechen. Es wird eine Ehrenpflicht jedes einzelnen am Sonntag sein, den Fürstentumvermögen zu zeigen, daß sich der Wille des Volkes vor dem schwarzweißroten Terror nicht beugt!

Warnung vor Abstimmungsterror.

Eine amtliche Mitteilung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Zahlreiche Einzelfälle lassen erkennen, daß mit Mitteln wirtschaftlichen Boykotts, insbesondere der Androhung der Lösung von bestehenden Vertragsverhältnissen oder geschäftlicher Schädigung selbständiger Existenzen versucht wird, diejenigen Staatsbürger, die gewillt sind, sich an der Abstimmung über den Volksentscheid zu beteiligen, einzuschüchtern und von der Stimmabgabe abzuhalten.

Demgegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Unterfangen nicht nur dem Geiste der Verfassung widerspricht, sondern unter Umständen auch auf zivilrechtlichem Gebiet ernste Folgen für derartig sittenwidrig handelnde Personen nach sich ziehen kann.

Der Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet jedem Deutschen das Recht freier Meinungsäußerung und bestimmt ausdrücklich, daß ihn an diesem Rechte kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand ihn benachteiligen darf, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Ein sehr wesentlicher Fall der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung ist die Ausübung des Wahl- oder Abstimmungsrechts. Die Bestimmung der Reichsverfassung Artikel 118 Abs. 1 Satz 2 ist unmittelbar anwendbares

Recht, so daß z. B. kein Richter in einer verfassungsmäßigen freien Meinungsäußerung durch Stimmabgabe einen Entlassungs- oder Kündigungsgewalt für ein bestehendes Vertragsverhältnis erlangen kann. Würde ein Vertragsverhältnis gleichwohl daraufhin beendet oder sonst ein wirtschaftlicher Nachteil wegen Beteiligung an der Abstimmung bereitet werden, so könnte, da die fragliche Bestimmung der Reichsverfassung ein zum Schutze des Staatsbürgers ergangenes Schutzgesetz bedeutet, ein Schadenersatzanspruch aus § 823 Abs. 2 BGB. gegen den Schädiger gestützt werden.

Die Loebelliten von Raumburg.

Flucht vor der Abstimmung zu Erbjen und Speck.

In einem bekannten volkstümlichen Lied wird geschildert, wie die Hussiten vor Raumburg erschienen und sich die braven Bürger dieser Stadt während der Belagerung keinerlei Rat mehr wußten. Aber das Lied schildert auch die Erlösung von dem Schrecken:

Doch der Meister von der Schul
sann auf Rettung und verfuhr
endlich auf den Auszug:
Kinder, sprach er, ihr seid Kinder,
unschuldsvoll und keine Sünder,
ich fahr' zum Protok euch hin,
der wird nicht so grausam sein,
euch zu massakrieren.

Tatsächlich soll dieser Schullehrer mit seinem Auszug der Kinder ins Jelt des Hussitenführers Erfolg gehabt haben. An diesen bedeutenden Vorfahren haben jetzt auch sicherlich die Loebelliten von Raumburg gedacht, als sie mit Schrecken gewahren, daß der Abstimmungstag zum Volksentscheid immer näher herandrückt.

Sie sind deshalb auf den gleich genialen Gedanken verfallen, einen allgemeinen Auszug aus Raumburg zu veranstalten, und zwar, indem sie sämtliche „vaterländischen“, Gesang- und Sportvereine unter der Hand zu Auszügen am 20. Juni bereiten.

Die Sache sollte streng geheim bleiben und ganz unter der Hand betrieben werden. Unser Zeiger Parteiblatt, der „Volksbote“, aber war in der Lage, das vom 1. Juni datierte Rundschreiben des Loebell-Ausschusses an seine Vertrauensmänner der Öffentlichkeit zu übergeben. Mit jedem einzelnen Verein sollte durch besondere Vertrauensmänner verhandelt werden, so mit dem Stahlhelm, den „nationalen“ Verbänden, dem Waldverein, Verschönerungsvereine, Heimatverein usw. Außerdem auch mit den Innungen, Fußball-, Turn-, Schwimmvereinen und dergleichen. In dem Rundschreiben heißt es:

„Eine besonders schwierige und vorsichtige aber desto dringendere und nötige Verhandlung haben die Herren durchzuführen die mit den Gesangsvereinen, dem Ortsausflug für Leibesübungen, den Turn- und Sportvereinen die Verhandlung führen. . . . Bei der letzten Geltung von Vereinen darf es auf keinen Fall den Anschein erwecken, daß die Veranstaltung einen anderen Zweck verfolge, als den der Förderung ihrer eigenen Bestrebungen.“ Die Adressen der Personen in den einzelnen Vereinigungen, mit denen verhandelt werden darf, sind genau angegeben, und dann wird hinzugefügt: „Auf keinen Fall dürfen irgendwelche Verhandlungen und Besprechungen mit Herrn Müller vom TSVr., Herrn Schlegel vom RTB., Herrn Maier vom Schw. B., oder Herrn Ermsich vom DSV. geführt werden. Die Verhandlungen dürfen sich nur auf die zu treffenden Veranstaltungen am 20. Juni beziehen, ohne daß auf den Abstimmungstag irgendwie Bezug genommen wird. Alle Veranstaltungen sind so zu legen, daß die Mitglieder schon vor 8 Uhr morgens in Anspruch genommen werden und erst nach 6 Uhr abends wieder in Raumburg eintreffen. Die Familienmitglieder müssen an der Teilnahme stark interessiert sein, sonst erfüllt dieselbe nicht ihren Zweck.“

Damit den Sportkern der Auszug leichter fällt, ist für jedes von dem Ausschuss vorgesehene Spiel sogar ein Pokal gestiftet, der sofort in den Besitz der siegenden Mannschaft übergeht. Wenigstens gilt das für Fußballvereine. Die Turner und Schwimmer sollen nur Diplome bekommen, ebenso wie Autofahrer,

Motorradfahrer und Radfahrer. Das Beste aber ist diese „Schmaßhafte“ Mitteilung:

„Für sämtliche Teilnehmer, deren Zahl in der Sitzung vom 17. Juni genau anzugeben ist, steht in sämtlichen Veranstaltungsorten kostenlose Massenpejlung (Erbjen mit Speck) zur Verfügung. Vorbereitungen werden von hier in die Wege geleitet.“

Die Loebelliten in Raumburg treiben also das unmoralische Spiel weiter, das ihr Herr und Meister in Berlin mit seinem Brief an Hindenburg begonnen und mit seinen lügenhaften Ausreden und Plakatschlagungen ergänzt hat. Wie hier Hindenburg, so werden in Raumburg die Vereinsteilungen systematisch irreführt, wobei man „verdächtige“ Personen von den Verhandlungen von vornherein ausschließt. Aber wie hier, so weht auch in Raumburg der republikanische Wind selbst die Geheimchreiben in die sozialdemokratischen Redaktionen. „Es gelingt halt nichts mehr!“ Nachdem der dunkle Plan einmal dem Lichte ausgeliefert worden, ist seine Wirkung schon erledigt!

Röhricht.

Fürstenschmus eines junkerlichen Landtagsabgeordneten.

Das Volksbegehren hat den Deutschnationalen gezeigt, daß sie sich des „überwiegend monarchistisch gefinnten“ Volkes absolut nicht sicher sind. Was sie damals an Agitation im Gefühl absoluter Sicherheit veräurten, suchen sie jetzt vor dem Volksentscheid durch Hochbetrieb in Gegenpropaganda nachzuholen. Eine Flut von faustdicken Lügen, schiefen Darstellungen und maßlosen Beschimpfungen ergießt sich über das Land.

Da ist u. a. eine Broschüre unter dem Titel „Volk entscheidet“ erschienen. Der Verfasser verschweigt schamhaft seinen Namen. Aber in einem Anschreiben an die Gutsbesitzer bekennet sich dazu ein handfester pommerischer Landjunkler, der deutschnationale Landtagsabgeordnete v. Rohr. Das Pamphlet soll an die „Gutsleute“ zur Verteilung kommen. Was in diesem Nachwort über 16 Druckseiten der aristokratische Verfasser den Landarbeitern an Märchen aufbinden will, geht nicht auf alle pommerischen Kuhhäute. Aus der Fülle des „nach amtlichen Quellen“ bearbeiteten Materials geben wir nur einige Kostproben:

„Um dieses einen Falles willen (Der Landesverräter Carl Michael, mecklenburgischer Prinz und russischer Heerführer während des Krieges! Die Red.) dürfen aber nicht 300 deutsche Prinzen und Prinzessinnen in völlige Armut gestochen werden.“

Rohr stolpert dabei nicht einmal über die Zahl 300. Dreihundert prinzipielle Nichtsteuer von der Republik ernähren zu lassen, diese Forderung kann allerdings nur an das deutsche Volk gestellt werden. Weiter:

„Bedinglich dem Kaiser ist von der Regierung für seinen Haushalt in Holland ein Betrag freigegeben.“

Die Höhe des Betrages verschweigt der Biedere. Wir ergänzen sie: es sind fünfzigtausend Goldmark im Monat, womit der Kernste sein kümmerliches Dasein fristet. Ein Altrentner hat mit Familie 120 M., ein Arbeitsloser mit Familie bestenfalls 252 M. tägliches Einkommen.

Nach Rohr will der Volksentscheid, „daß das gesamte Vermögen der Fürsten einschließlich Beuten, Hausrat und Kleider ohne Entschädigung enteignet wird.“

Ueber 300 Landespräten, Prinzen und Prinzessinnen, — nach dem Volksentscheid ohne Beuten, im Uff für Obdachlose, nackt, ohne Hosen und ohne Kleider, — eine schaurige Aussicht, über die freilich alle Hühner, auch die der Gutsleute, lachen.

Nicht weiter verwunderlich ist die Tatsache, daß v. Rohr mit offenkundigen Lügen operiert. So erzählt er der Landbevölkerung:

„Das Vermögen der Landesfürsten bestand aus Staats- und Privatvermögen. — Das Staatsvermögen ist überall den Staaten zugefallen (so die Domänen in Preußen usw.). Das Privatvermögen wurde von den Staaten beschlagnahmt und darüber eine besondere Auseinandersetzung herbeigeführt.“

Da von Rohr nach seiner Behauptung das amtliche Material kennt, ist ihm sicher auch bekannt, daß zwar das gesamte Kronvermögen in Preußen beschlagnahmt und vom Finanzministerium verwaltet wird, aber nur bis zur Erledigung der Auseinandersetzung.

Fleißige Lieschen.

Von Theodor Leffing.

Hannover, 12. Juni 1926.

Tage der Unruh. . . Auf meinem Fensterbrett blühen in den braunen Scherben zwei Bauernblumen. Das Volk um Hannover nennt sie: die Spinnerinnen oder auch: fleißige Lieschen. Es ist eine Pflanze wie das Leben selbst: rafflose Selbstgestaltung, gar nicht umzubringen! Sie hat ein schmales aber sehr festes Blatt voll satten Chlorophylls und starken Adern. Sie trägt eine ganz zarte hochrote Blüte, meist fünf oder sechs Blätter wie kleine Herzen. Und sie blüht und wäkt, wäkt und blüht ohne Unterlaß. Meine beiden Lieschen haben in den letzten Wochen viele hundert Blüten gesponnen. Die Blüten fallen nach wenigen Tagen ab, und auch die Blätter gilben schnell, aber es treten sofort neue an die Stelle der alten. Diese zierliche Topfpflanze ist die Lieblingspflanze in den niederländischen Bauernhäusern. Die Frauen und Mädchen schenken einander Abieger. Die schlagen Wurzel schon nach wenigen Tagen und beginnen Blumen zu spinnen. Es ist unsere Heimatblume. . . An meinen beiden Pflanzen kann ich beobachten, daß Blumen verschiedene Seelen haben. Das eine der beiden Lieschen (ich nenne es Martha) wächst viel schneller. Das andere (Maria) blüht langsam-beschaulich. Es ist dabei zu merken, daß eine Art Widerstreit obwaltet zwischen Blüte und Blatt. Je mehr Blätter die Pflanze spinnt, um so seltener blüht sie. Wenn ich die Pflanze schlechter behandle und ihr weniger Wasser gebe, dann blüht sie schöner. Es ist, als ob die Seele sich verteidigt durch Blüten. Das Blatt dagegen dürfte aufzufassen sein als ein nützlicher Ernährungspeicher, ein Wasserbehälter für Tage der Not.

Das größere und derbere der beiden, Martha, läuft wie ein deutscher Korpsstudent. Es ist unheimlich, welche Wassermengen dieses Pflänzchen schlucken kann, und wie viele Blätter sie bildet. Man kann ruhig sagen: man sieht diese Pflanze wachsen. Aber die beschauliche kleine Martha treibt große Blüten mit herzförmigen Kelchblättern von tiefem Rot. Ich weiß nie, welche von beiden mir die liebere ist. Als Jofus gefragt wurde, ob er Martha mehr preise oder Marthas, da wollte er durchaus nicht sagen, daß die Blüte wertvoller ist als das Blatt. Er sagte nur: Maria hat das gute Teil erwählt, wobei noch dahin steht, ob Marthas Teil nicht das bessere ist.

Ich stehe in Tagen der Unruhe und schreibe Kampfworte, aber immer wenn ich aufbläke, fällt der Blick auf die beiden, und ich merke: Martha hat indeß wieder ein Blatt und Maria wieder eine Blüte gesponnen. Und ich schäme mich vor den Stolz dieser demütigen Geschöpfe. Die sind wie der breite gesunde Wald unseres Volks. Sie arbeiten Tag um Tag, sie bauen nützliche Blätter oder träumen schöne Blüten. Sie wissen gar nichts von den Kämpfen des Geistes und von ihrem Logos und Ethos. Ich verstehe jetzt,

was das Wort heißt: „Volkes Stimme, Gottes Stimme“. Wirklich, es schweigt Gott selber darin zu all unseren Kämpfen, weil Gott weiß: „Ist Gott Dein Freund und Deiner Sachen, was kann Dein Feind, der Mensch Dir machen?“

Diese stummen und schlüchten Seelen haben wohl vor zweitausend Jahren genau so geträumt und geseponnen. Sie werden immer noch Gestalten träumen und Blätter bauen, wenn all unsere Kämpfe morgen verschollen sind. Und der Gedanke wandert zweitausend Jahre zurück. In den griechischen Städten bestand die Sitte des Scherbengerichts. Wenn ein Mann in seiner Heimat mißliebig oder gefährlich wurde, dann konnte abgestimmt werden, ob man ihn behalten oder verbannen wolle. Damals lehrte in Athen der weise Sokrates. Die Stadt Athen hatte ein springendes weißes Pferd als Wappen. Davon berichtet uns Plato: „Sokrates hat gesagt, ich bin eine lästige Fliege, die sich auf die Nase des altherischen Rosses gesetzt hat und das Ross nun zum Ausschlagen bringt. Die Stadt Hannover an der Weine hat wohl nicht mehr Nehnlichkeit mit Athen, als ich sie habe mit dem weisen Sokrates. Aber so viel ist richtig: auch Hannover führt als Wappen das weiße Welfenross, und ich bin dem Roffe eine lästige Fliege. Heute am zwölften Juni wurde ich auf das Rathaus gebeten. Da stand im Amtszimmer der Oberbürgermeister und redete: „Sie sind angeklagt, daß Sie die Jugend der Stadt verderben. Hier liegt der Verzicht. Hier haben Sie meine Stahlfeder. Unterschreiben Sie.“ . . . Ich antwortete so, wie der Jörn antwortet und der beleidigte Stolz. Denn draußen vor den Fenstern leuchtete in Sonne der alte Martturm und die vielen alten Häuser. In denen wohnten meine Großeltern und Eltern, und darin habe auch ich als Knabe und Jüngling gewohnt. Und wenn man heute in Deutschland die Stadt Hannover nennt, dann verbinden viele damit meinen Namen. So aber fühlt man nur unter Menschen. Nun bin ich daheim, und immer noch blühen und spinnen meine beiden fleißigen Lieschen. Und aus ihnen schweigt Gott: „Ameisenkämpfe! Ameisenkämpfe! Alle eure Kämpfe sind morgen verschollen, die Rette meiner Blüten aber spinnt durch die Jahrtausende.“ — Da streiche ich demütig Blüte und Blatt und spreche: „Blumen, vergeht uns.“

Ein völliger Theatervorstoß. Die deutschnationale Freiheitspartei in Weimar hat an das Volksbildungsministerium eine Anfrage gestellt. Sie tut entrüstet über den Spielplan des Weimarer „Deutschen Nationaltheaters“, der nach ihrer Ansicht „eine Anzahl von Aufführungen“ zweifelhaften Inhalts und zweifelhafter Autoren gebracht hat: Toller's „Schwalben“, Janacek's „Jenufa“ und Coctan's „Hypathia“. Der Sach „Die Kunst sei international“ dürfe für ein Theater, das sich „Deutsches Nationaltheater“ nennt und eine Tradition zu wahren hat, kein Freibrief sein, dem deutschen Volke Stücke minderwertigen Inhalts und jüdischer Moral, wie „Jenufa“ zu bieten. Die drei Fragen der Völkischen lauten:

1. Ist er gewillt, bei Zustellung des Spielplanes einen Kreis von deutschen Kunst- und Literaturfachverständigen hinzuzuziehen?
2. Billigt es, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, die Geschmacklosigkeit, eine Aufführung von einem Angehörigen eines fremden Landes anzunehmen, dessen amtlicher Vertreter deutsches Land und Volk beschimpft und tyrannisiert, auch wenn der ausländische Autor die Kosten der Aufführung trägt.
3. Was gebietet das Volksbildungsministerium weiter zu tun, um dem deutschen Nationaltheater einen deutschen Charakter, der seiner Hebertiererei entspricht, zu geben?

Wäre es nicht einfacher, Dinter zum Intendanten des Nationaltheaters zu machen und Adolf Bartels die Blutproben zu übertragen?

Shaw gegen Honorarhinder. Die Frage, ob Autoren ihre Stücke für „gute Zwecke“ gratis spielen lassen sollen, ist von Bernard Shaw in einer aus prinzipiellen Gründen für die Arbeiterbewegung nicht uninteressanten Weise beantwortet worden. Der Bezirk Finsbury Part der Labour-Party plante einen Unterhaltungssabend, und die Veranstalter wandten sich an Shaw mit der Frage, ob er nicht zu diesem Zwecke die Aufführung seines Einakters „Blanco Posnets Erweckung“ gebührenfrei gestalten wolle. Sie erhielten darauf von dem berühmten Dichter, der bekanntlich immer einer der aktivsten sozialistischen Wortkämpfer Englands ist, die folgende Antwort: „Unter keinen Umständen kann ich einer Aufführung irgendeines meiner Stücke ohne die Bezahlung der vorgeschriebenen Autorengebühren zustimmen. Eine Organisation der Arbeiterpartei müßte verstehen, daß das eine gewerkschaftliche Frage darstellt. Es ist für meine vom Schicksal weniger begünstigten Kollegen unter den Dramatikern ohnedies schwer genug, gegen die Konkurrenz, die meine Stücke darstellen, aufzukommen, ohne daß ich ihnen auch noch durch die Bewilligung von Gratisaufführungen besondere Schwierigkeiten schaffe. Ich hoffe, daß Sie verstehen werden, worauf es mir ankommt.“

Shaws Rezept dürfte seinen Kollegen nichts nützen, denn die Arbeiter von Finsbury Part wollen Shaw und nicht irgend sonstigen spielen.

Das Sommertheater im Zoo ist von einer Krise heimgesucht. Das Personal will nicht mehr mitun, da es so gut wie nichts bekommt.

Keine Umbauten am Berliner Schloss. In einer Berliner Zeitung wurden Nachrichten über einen angeblichen Umbau des Schlosses am Ugartien verbreitet. Die amtlich gemeldet wird, handelt es sich nur um eine notwendig gewordene Ausbesserung schadhafter Stellen an der Fassade.

Der Potemkin-Film ist vom Vorkämpferpräsidenten von Stuttgart verboten worden, weil er geeignet sei, die kommunistische Agitation zur Vorbereitung des Umsturzes in Deutschland wirksam zu unterstützen, und daher auf eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung schließen lasse. — Wie laut doch ein plattdeutsches Sprichwort: die Kuh ging 14 Tage vor dem Regen nach Haus, um nicht naß zu werden, und wurde nun gerade naß.

Das Koblenzer Theater spielt weiter. In größter Eile wurde der Koblenzer Stadtverordnetenrat beschloffen worden, das Theater vorläufig nicht eingezogen zu lassen, da die Kosten des spielenden Theaters nicht höher sind, als des geschloffenen. Das Drama wird redigiert, die große Oper fällt gänzlich fort.

Dass diese bisher noch nicht erfolgt ist, — darüber dürfte der volksparteiliche frühere Finanzminister v. Richter autoritativer Zeuge sein, — ist wegen ihrer unerschämten hohen Forderungen die alleinige Schuld der Hohenzollern selbst. Bisher ist noch kein Quadratmeter der strittigen Vermögensmasse als Staatseigentum in den Besitz des Staates übergegangen. In ihrer sprichwörtlichen Bescheidenheit verlangen die Hohenzollern etwa 90 Proz. des gesamten Gutes. Diese Dinge verweigert selbstverständlich der „objektive Darsteller“ gefühllos.

Dass die Fürsten durch allerlei Rechenkunststücken die von ihnen beanspruchten Werte so niedrig wie möglich einschätzen, ist natürlich und begreiflich. Herr v. Rohr bringt es aber fertig nachzuweisen, daß dem preussischen Staate nach der Enteignung höchstens 3,5 Millionen Mark an Werten zufallen würden, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung 9 Pfg. Es bedarf keines Beweises, daß diese Rechnung nicht stimmt. Und daß im anderen Falle — nach dem letzten Vergleichsentwurf — Preußen an die Hohenzollern nicht nur 30 Goldmillionen in bar zu zahlen und über 200 000 Morgen besten Bodens dazugeben muß, diese gewiß nicht unerhebliche Tatsache verschweigt wiederum der ländliche Aufklärer. Dafür verleiht er sich zu der lächerlichen Behauptung:

„Was an Vermögen heute noch vorhanden ist, ist unerschütterlich in Hunderten von Jahren in Ehren und Sparsamkeit erworben.“

In Sparsamkeit und Ehren! Für Preußen genügt es, auf die „ehrenhafte Erwerbungen“ des Berliner Akademiestraßens, von Neubabelsberg und der Herrschaften Schwedt-Bierbraten-Bildersdorf, Flatow-Krojanke und Wusterhausen durch mit Hilfe von Kabinettsorders „gesetzlich“ gemachte Schiebungen hinzuweisen.

Indessen wird Rohr auch einmal ernsthaft, wenn er nämlich versichert:

„Mit jeder Enteignung wächst die Zahl der zerstörten Existenzen und damit die Armee des Bolschewismus.“

Also was wird die furchtbare Folge der Enteignung sein? Die Fürsten werden Kommunisten! Wie wir hören, wird bei der nächsten Reichstagswahl die Kronprinzessin an Stelle von Ruth Fischer kandidieren; der Kronprinz und Eitel-Schieberich wollen in den „Roten Frontkämpferbund“ eintreten, vorausgesetzt, daß man sie dort haben will.

Der Kampf der Fürsten und ihrer Vasallen um die „heiligsten Güter“ ihres Besitztums zeitigt wunderbare Gewächse. Das Köhricht des Junkers v. Rohr gehört auch dazu. Aber auch die mit ihm gestrichenen „Gutsleute“ werden trotz alledem mit „Ja“, d. h. für die Enteignung der Fürsten stimmen.

Zuspitzung im Fall Lessing.

Der Magistrat von Hannover mischt sich ein.

Hannover, 15. Juni. (W.B.) Der Magistrat hat heute zum Fall Lessing eine Entschliebung gefaßt und diese dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Becker, übermittelt. Die Entschliebung besagt u. a.: Die Entwicklung der Dinge in dem Streit um die Lehrtätigkeit des Herrn Prof. Lessing an der hiesigen Technischen Hochschule erfüllt Magistrat, Bürgerordnungsamt und Einwohnerkommission der Stadt Hannover mit wachsender Besorgnis. Der Magistrat hat bereits am 11. Juni dahin Stellung genommen, Lessing solle in persönlicher Verhandlung durch den Oberbürgermeister erlucht werden, von seinem Lehramt freiwillig zurückzutreten. Die am folgenden Tage erfolgte Verhandlung ist infolgedessen negativ, als Prof. Lessing die Abgabe einer Rücktritts Erklärung ablehnte. Er hat jedoch in anderer Beziehung Erklärungen abgegeben, die unseres Erachtens die sofortige Lösung des Streites herbeiführen müssen. Prof. Lessing hat erklärt, daß er innerlich schon längst auf die Dozentur verzichtet habe und sich völlig frei fühle. Für ein weiteres gedächtnisliches Wirken als akademischer Lehrer fehlt ihm also die Hauptvoraussetzung, nämlich die innere Berufung. Damit muß der Streit nach den Erklärungen Prof. Lessings selbst als gegenstandslos bezeichnet werden. Wenn die Staatsautorität in diesem Falle weiter eingegriffen würde, so werde sie pro nihilo angewandt werden. Wir sind der Meinung, daß bei diesem Sachverhalt an eine Aufrechterhaltung des Lehrauftrags an Prof. Lessing nicht mehr gedacht werden kann. Der Magistrat bittet, ihn in dem zu erwartenden Bescheide zu bestätigen, daß die dem Oberbürgermeister von Herrn Professor Lessing wiedergegebene angebliche Äußerung des preussischen Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Stellung des Magistrats sei in dem Streitfall gleichgültig, der Wahrheit zuwiderläuft, denn unmöglich wird der Herr Minister der Stellungnahme der Behörde einer Großstadt, wie Hannover, bei einer ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Belange bedrohenden Frage kein Gewicht beilegen.

In der „Vossischen Zeitung“ bestreitet Professor Lessing die ihm vom Magistrat in den Mund gelegte Äußerung, innerlich habe er längst auf die Dozentur verzichtet, getan zu haben. Auf jeden Fall ist es eine Annahme, wenn sich der Magistrat Hannover herausnimmt, sich über die Eignung Lessings zum Hochschullehrer ein Urteil zu erlauben. Die Meinung des Magistrats von Hannover in dieser Frage kann dem preussischen Kultusministerium in der Tat höchst gleichgültig sein. Es dürfte nicht schwer fallen, diesen Magistrat auf sein arrogantes Auftreten die gebührende Antwort zu erteilen. Der Sache selbst und der Stadt Hannover hat die städtische Behörde durch ihr taktloses und unüberlegtes Eingreifen einen Bärendienst erwiesen.

Reichswehr und Monarchistenfeier.

Der Kriegerverein soll in Zukunft boykottiert werden.

Zu den Vorgängen bei der Feier des ehemaligen 1. Garderegiments am letzten Sonntag erklärt das Reichswehrministerium, daß den Reichswehrangehörigen nur die Teilnahme an der Gefallenenfeier erlaubt gewesen sei. Da der veranstaltende Verein das Programm der Feier überschritten, also die Mitwirkung der Reichswehr mißbraucht hat, so soll bei künftigen Feiern derartiger Verbände die Teilnahme der Reichswehr verweigert werden. — Man wird abwarten müssen, ob diese Ankündigung in Zukunft auch eingehalten wird.

Außenminister Dr. Benesch ist von seiner Fraktion, den tschechischen „Sozialisten“ (nicht Sozialdemokraten) zum Rücktritt aufgefordert worden, da diese Partei im Volkskampf gegen die Regierung steht, der Benesch angehört. — In Prag streikten am gestrigen Dienstag die Metallarbeiter zum Protest gegen die festen Agrarzölle; es gab wieder Straßenkumgebungen. Es ereigneten sich abermals Zusammenstöße mit der Polizei, wobei viele Demonstranten verwundet wurden.

Baldwin gegen die Bergarbeiter.

Desavouierung Samuels und der Kohlenkommission.

London, 15. Juni. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab Premierminister Baldwin zum Kohlenstreik eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, die Regierung sei verpflichtet, Kohlenbestellungen im Auslande zu machen, um die unumgänglich notwendige Versorgung des Landes mit Kohle aufrechtzuerhalten. Er fügte — öfter von Zwischenrufen der Opposition unterbrochen — hinzu, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit unerlässlich sei. Die Regierung habe von den Grubenbesitzern die bestimmte Versicherung erhalten, daß auf der Grundlage des Kohlenfundenlages sich in einigen Kohlenbetrieben der Betrieb während der Monate Juli, August und September zu den augenblicklichen Löhnen fortgeführt werden könne, während in anderen Betrieben eine Herabsetzung der Löhne um weniger als 10 Proz., wie bereits vorgeschlagen, notwendig sei.

London, 15. Juni. (W.B.) Unterhaus. Baldwin führte weiter aus, die Regierung habe nicht die Absicht, das den siebenstündigen Arbeitstag vorsehende Gesetz abzuändern. Sie beabsichtige aber einen Gesetzesentwurf einzubringen, der gestatten würde, während einer gewissen Zeitperiode eine Ueberstunde zu leisten. Diese gesetzgeberische Maßnahme werde erlauben, Verhandlungen auf einer Grundlage anzubahnen, die Ausichten auf eine Besserung der Löhne zuließe. Nach drei Monaten würden die Löhne wieder angepasst werden können. Auf keinen Fall würden sie niedriger werden als im Jahre 1921. (Was einem durchschnittlichen Lohnabbau von 11 Proz. gleichkommt.) Unterdessen werde die Regierung die Annahme neuer Gesetze beschleunigen, um die Vorschläge der Kohlenkommission durchzuführen. Wenn ein Einvernehmen auf

dieser Grundlage erzielt wird, so werde die Regierungsunterstützung von drei Millionen Pfund Sterling nicht mehr notwendig sein, um die Löhne zu erhöhen, sondern sie werde vielmehr zur Verfügung stehen, um den arbeitslosen Bergarbeitern zu helfen.

Scharfe Kritik an Baldwins Vorschlägen.

London, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagvormittag fand zwischen Baldwin und den Grubenbesitzern eine Besprechung statt. Im Anschluß daran wurde eine Kabinettsitzung zur Festlegung der Regierungserklärung abgehalten. Am Nachmittag gab der Ministerpräsident im Unterhaus die neuesten Vorschläge bekannt, die sich die Regierung zu eigen gemacht hatte. Am Dienstagabend konnte bereits festgestellt werden, daß die Vorschläge Baldwins auf den schärfsten Widerstand der Bergarbeiter stießen. Schon während seiner Rede wurde Baldwin mehrere Male durch Zwischenrufe von Bergarbeiterabgeordneten unterbrochen, in denen diese ihre Auffassung von der Unannehmlichkeit der Vorschläge kundgaben. Der Sekretär der Bergarbeiter Coak wies noch am Abend gegenüber der Presse die Vorschläge Baldwins im Namen der Exekutive des Bergarbeiterverbandes mit größtem Nachdruck zurück.

Der „Daily Herald“ kritisiert in seinem Leitartikel vom Mittwoch die Baldwinschen Vorschläge aufs schärfste und stellt fest, daß der Ministerpräsident in dem Kohlenstreik nicht mehr als Treuhänder der Nation, sondern nur noch als Agent der Bergbauunternehmer zu betrachten sei.

Der indische Religionskrieg. Bei Zusammenstößen in Bindri (Oberindien) wurden acht Mohammedaner getötet und 14 Wunden sowie neun Sikhs verwundet. Die Getreidehalle wurde zerstört; Plünderungen sind vorgekommen.

Briand zurückgetreten.

Pérets Intrige. — Kehrt Briand wieder?

Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag durch den Rücktritt des Finanzministers Péret eröffnete Krise der Regierung hat zur Demission des Gesamtkabinetts geführt. Die Ereignisse haben folgenden Verlauf genommen: Der für Dienstag vormittag um 10 Uhr angetragene Ministerrat mußte für eine Weile vertagt werden, da kurz vor seinem Beginn Briand und Péret bei dem Präsidenten der Republik erschienen, dem Péret mitteilte, daß er beabsichtige, seine sofortige Entlassung einzureichen. Der Präsident entschied sich daraufhin, dem Ministerrat nicht beizuwohnen, der dann in der Form eines Kabinettsrates tagte, bei welchem das offizielle Kommuniqué, welches den Abgang Pérets begleitete, festgelegt wurde. (Siehe Dienstagabendausgabe des „Vorwärts“.)

Am Dienstag nachmittag fand eine Sitzung der Kammer statt. Die Interpellation des kommunistischen Abgeordneten Cahin hatte sich mittlerweile um drei weitere vermehrt. Der radikale Sozialist Deyris fragte die Regierung, mit welchen Maßnahmen sie der wirtschaftlichen Unordnung ein Ende bereiten wolle. Die Genossen Blum und Aurio fragten, warum der Finanzminister gegangen sei. Franklin-Bouillon interpellierte über die Notwendigkeit, ein Ministerium der „Nationalen Einigkeit“ zu bilden.

Der Ministerpräsident Briand bittet, die Beratung auf Donnerstag zu vertagen. Die Interpellanten sprechen zu ihren Anträgen. Die rednerischen Töne sind gedämpft. Die Stimmung im Hause ist gedrückt. Man weiß nicht, wohin es geht. Der Kernpunkt jedes Satzes ist: Warum ist Péret gegangen? Was bedeutet die Regierung zu tun? Briand beantragt abermals die Vertagung sämtlicher Interpellationen. Diese Vertagung wird mit 309 gegen 159 Stimmen angenommen.

Nach Schluß der auf Donnerstag vertagten Kammer fand um 6 Uhr der Kabinettsrat statt, welcher die Gesamtdemission des Kabinetts beschloß. In einem Kommuniqué wurde dieser Schritt wie folgt begründet:

„Nach Prüfung der Situation, wie sie durch den Abgang des Finanzministers geschaffen ist, war der Rat einstimmig der Auffassung, daß es nicht möglich sei, zu einer einfachen Erhebung zu schreiten, sondern daß es geboten erscheine, durch Gesamtdemission des Kabinetts dem Staatsoberhaupt die volle Freiheit für die Beurteilung der Lage einzuräumen.“

Die Fassung des Kommuniqués wird dahin ausgelegt, daß Briand selbst mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden wird. Man glaubt, daß er annehmen und versuchen wird, auf breiterer Grundlage als bisher eine neue Regierung zu bilden. Den Ausfall dieses Versuches beurteilt man jedoch skeptisch. Der Präsident der Republik wird am Mittwoch Vormittag mit den Parteiführern beraten.

Die Gründe des Rücktritts des Finanzministers bleiben zur Stunde unklar. Man weiß nicht, was er mit den Worten „wesentliche Unterstützungen“, auf die die Regierung zu jähsten berechtigt gewesen ist, gemeint hat. Soll darunter die Bank von Frankreich verstanden sein? Dann versteht man schwer, warum Péret seinen Rückgang als eine Demonstration für die Bildung eines Ministeriums der „Nationalen Einigkeit“ darstellte. Hat Péret sich für seine Freunde von der Hochfinanz geopfert? Oder ist ihm die Verantwortung für deren Politik in letzter Stunde zu schwer gefallen, was angesichts des rapiden Sturzes des Franken in den letzten Tagen nur zu begreiflich wäre.

In der Wochenschrift des rechten Flügels der Sozialistischen Partei „La Vie Socialiste“ vom 12. Juni schrieb der Herausgeber Genosse Pierre Renaudel:

„Die Ereignisse überstürzen sich! Die Blätter denken an, daß Raoul Péret unter Ausnutzung der Abwesenheit Briands während der Genfer Tagung ein solches Mandat gegen seinen Ministerpräsidenten eingeleitet hat, das er bereits vor zwei Wochen versucht hätte: er ist im Begriff, die Demission der Regierung zu provozieren und damit die Bildung eines „nationalen Ministeriums“ vorzubereiten, dessen Leiter er unter Umständen selbst sein würde.“

Renaudel fügte hinzu, daß in diesem „nationalen Ministerium“ nicht nur die Sozialisten, sondern auch der linke Flügel der Radikalen fehlen würden, und knüpfte daran kritische und pessimistische Betrachtungen über die Selbstisolierung der Sozialistischen Partei, die auf dem Parteitag von Clermont-Ferrand vollendet worden sei.

Nach den Ereignissen des gestrigen Tages scheint die Entwicklung genau den Verlauf zu nehmen, den Genosse Renaudel in seiner Wochenschrift vorausgesagt hat. Zunächst hatte Briand offenbar gehofft, die Krise auf das Finanzministerium beschränken zu können, denn er ließ noch in der Mittagsstunde erklären, daß er sich bemühen werde, einen neuen Finanzminister binnen 48 Stunden zu finden.

Inwiefern der Verlauf der Kammeritzung diese Hoffnung zerstört hat, und inwiefern sich nachträglich herausgestellt hat, daß noch andere Mitglieder des Kabinetts mit

Péret im Komplott gegen Briand standen, das läßt sich zurzeit noch nicht klar beurteilen. Denn die Gesamtdemission Briands kann zweierlei Gründe haben: Entweder ist Briand freiwillig zurückgetreten, um seine verätherischen Mitarbeiter auszuschießen und eine völlig ungewandte Regierung bilden zu können, oder es ist Péret tatsächlich gelungen, ihn zu stürzen. Diese Frage wird erst ihre Beantwortung finden, wenn man weiß, wen Doumergue mit der Neubildung der Regierung beauftragt hat bzw. ob Briand bei einer etwaigen Wiederbetragung auch Erfolg hat. Bei der sprichwörtlichen Geschmeidigkeit Briands besteht noch eine dritte Möglichkeit: daß nämlich Briand selbst die Bildung eines „Nationalen Ministeriums“, das Péret zu leiten hoffte vornimmt, d. h. einen Rückmarsch vollzieht, der allerdings gleichbedeutend wäre mit einem endgültigen Bruch mit den Sozialisten und dem Herriot-Flügel der Radikalen. Gegen diese Vermutung spricht allerdings einseitig die Tatsache, daß Briand selbst in seinen gestrigen Erklärungen in der Kammer vor der Illusion gewarnt hat, als könne ein solches „nationales Ministerium“ Wunder erzeugen: es verweise auf das Beispiel Belgiens, das ein solches Ministerium aus allen Parteien erst kürzlich gebildet hat, ohne aber den Sturz der eigenen Währung aushalten zu können und er fügte das Beispiel Italiens hinzu, aus dem heroor geht, daß auch die Politik der „starken Faust“ gegenüber wirtschaftlichen Problemen machtlos ist.

Im übrigen sind die Formeln „Nationales Ministerium“, „Nationale Einigkeit“ nur leeres Gerede. Man kann sogar behaupten: je mehr die Regierung nach rechts erweiter wird, d. h. je mehr sie Rücksicht auf die Wünsche der reaktionären Bürgertums nehmen muß, desto sicherer und schneller wird der Frankenturz vor sich gehen. Das französische Bürgertum hat eben noch nicht begriffen, daß es Steuern, und zwar hohe direkte Steuern bezahlen muß, ehe daran gedacht werden kann, die Währung zu stabilisieren. Auch an eine Einschränkung der militärischen Ausgaben scheint man noch nicht zu denken. Frankreich grenzt zwar an Deutschland und ist mit Polen verbündet, aber das französische Volk scheint die elementarsten Lehren sowohl der deutschen wie auch der polnischen Währungs katastrophe nicht verstanden zu haben. Und deshalb ist es höchst unwahrscheinlich, daß es gelingen wird, den Frankenturz aufzuhalten, zumal einflußreiche Kräfte am Werke sind, die die Scheinkonjunktur der Inflation ausnützen wollen und die Stabilisierung gar nicht wünschen.

Vom europäischen Standpunkt aus wäre ein definitiver Rücktritt Briands sehr bedauerlich, denn er ist unter der bürgerlichen Politik Frankreichs zweifellos der Mann, der die nötige Autorität besitzt, um gegen alle nationalstaatliche Sabotageversuche das Werk von Locarno in Genuß erfolgreich zu vollenden. So kann man vom Standpunkt der deutsch-französischen Verständigung nur wünschen, daß Briand dem nächsten Kabinett wenigstens als Außenminister erhalten bleibe.

Briand warnt vor Wunderglauben.

Paris, 15. Juni. (W.B.) In den Wandelgängen der Kammer wurde der Rücktritt des Finanzministers Péret lebhaft erörtert. Als Nachfolger Pérets werden u. a. genannt Caillaux und Tardieu, de Monzie und Poincaré (1). Ministerpräsident Briand hat kurz vor Beginn der Radmittagsitzung in den Wandelgängen der Kammer, wie der „Temps“ berichtet, Vertreter der Presse erklärt, man dürfe nicht glauben, daß es ein Mittel oder eine Macht gebe, die fähig sei, ein Wunder zu tun oder mit einem Schlag die Lage wieder herzustellen. Was den Wunsch nach einem Ministerium der „Nationalen Einigkeit“ betreffe, so wäre es sehr wünschenswert, wenn ein solches gebildet werden könnte. Wenn man indessen auf Belgien schaue, das doch ein derartiges Kabinett aus Vertretern sämtlicher Parteien bereits habe und weiter auf die von Belgien gebrachten Opfer, so müsse man feststellen, daß der belgische Franken trotzdem nicht gehoben worden sei. Und wenn man nach dem starken Mann ruf und auf Italien verweise, so sei Tatsache, daß auch die italienische Währung nicht besser daran sei als der französische Franken. Die Gründe für die gegenwärtige Frankbilisse seien vielfachgestaltig. Man verlaufe Franken in England, nicht etwa um gegen den Franken vorzugehen, sondern um das Pfund gegenüber dem Dollar halten zu können, und ebenso verlaufe man in Belgien und Italien französische Franken, um zu versuchen, die eigene Währung zu stützen. Hingzu käme, daß in Frankreich sehr viele Franzosen aus Mangel an Vertrauen ihre Frankenguthaben abstießen. Man stehe gegenwärtig inmitten eines Infektions; es handle sich darum bis zum Ende des Unwetters stand zu halten. Also kein Wort von den notwendigen Steuern! Red. d. „B.“

Gewerkschaftsbewegung

Die „neue“ Parole.

Warum die SPD. Einheitskomitees möchte.

Neu ist die Parole der Kommunisten ja eigentlich nicht. Die sogenannte „Einheitsfront“ wird schon seit Jahren von Zeit zu Zeit herausgeholt und als Parole in allen Gewerkschaftsversammlungen und Zusammenkünften der Betriebe befehlsmäßig propagiert.

Die jetzt im Auftrag Moskaus herausgegebene Parole der Bildung von sogenannten „Einheitskomitees“ ist ja auch nicht neu. Ganz abgesehen von der Agitationsperiode, die der Einzeichnung zum Volksbegehren vorausging, hat die SPD. immer wieder versucht, an die Massen heranzukommen, indem sie unter allerlei harmlos aussehenden Aufmachungen Einheitskomitees zu bilden versuchte.

Der jetzige Einheitskomiteerummel soll auslaufen in einen neuen Delegationsrummel nach Sowjetrußland. Vornehmlich Mitglieder der SPD. sollen nach Sowjetrußland delegiert werden, um dann aus eigener Anschauung berichten zu können, wie gut es den russischen Arbeitern geht und wie herrlich weit es die Arbeiterklasse unter bolschewistischer Führung gebracht hat.

Man sieht das Lied der Einheitsfront für jeden Arbeiter, für jeden, dem die Zukunft der Arbeiterbewegung wirklich am Herzen liegt, natürlich sehr verlockend. Wenn die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft schon vor mehr als sechzig Jahren die Arbeiter aller Länder aufrief, sich zu vereinigen, so hat diese internationale Vereinigung zur selbstverständlichen Voraussetzung die nationale Einigkeit der organisierten und sozialistisch denkenden Arbeiterschaft. Jeder sozialistisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiter weiß, daß die Spaltung der Arbeiterklasse gleichbedeutend ist mit einer Stärkung der Bourgeoisie.

Aber will die SPD. wirklich die Einheitsfront? Will sie wirklich die gewerkschaftliche und politische Einigkeit der Arbeiterklasse?

Man kann nur etwas wollen, wenn man selbst die Willensfreiheit besitzt. Diese Willensfreiheit besitzt aber weder die SPD. als Partei, noch besitzen sie ihre Mitglieder. Die Parolen, die da ausgegeben werden, beruhen nicht auf Beschlüssen der Mitglieder der SPD., sondern auf Befehlen, die die jeweils von Moskau eingeführte Zentrale der SPD. empfängt und weitergibt. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der letzte Parteitag der SPD. mit erdrückender Mehrheit ein Zentralkomitee wählte, das unmittelbar darauf von Moskau abgesetzt wurde. Welche Willensfreiheit kann eine Partei besitzen, die nicht einmal das Recht hat, sich ihre Leitung selbst zu wählen!

Was nun die sogenannten Delegationen nach Rußland betrifft, so weiß schließlich jedes Kind, daß in einem Lande, in dem nur eine Presse erscheinen kann, die die Politik der Regierung verteidigt, in einem Lande, wo keine andere als die herrschende Regierungspartei geduldet wird, eine Möglichkeit, die tatsächlichen Verhältnisse genau kennenzulernen, nicht besteht. Im übrigen ist es für jeden Gewerkschaftler ohne weiteres klar, daß die jungen russischen Gewerkschaften sicherlich sehr viel von den deutschen Gewerkschaften lernen können, nicht aber umgekehrt.

Die SPD. will mit ihren Einheitskomitees in Wirklichkeit nichts anderes als sozialdemokratische Gewerkschaftler einsparen, denen die wenig beneidenswerte Aufgabe zugeteilt ist, den arg verfahrenen Karren der SPD. wieder flott zu machen. Nach den Erfahrungen, die die Gewerkschaften mit den Kommunisten im Laufe der Jahre gesammelt haben, besteht allerdings keine Gefahr, daß dem Einheitskomiteerummel ein Erfolg beschieden sein könnte. Die Diktatoren von Moskau können sich also das Geld und ihren Nachläufern die Mühe sparen.

Drei Milliarden für die Fürsten.

Gehaltsabbau für die Angestellten der Metallindustrie.

Zus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben: Obwohl der wiederholte Vorstoß, bei den Hilfs- und Transportarbeitern einen Lohnabbau durchzusetzen, erfolgreich abgewehrt werden konnte, veranlaßte der Ehrgeiz den BBRZ., eine Kündigung der Angestelltengehälter vorzunehmen, mit dem Ziel der Einführung des „Leistungsprinzips“ (lies Gehaltsabbau). Die Bezahlung der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ist auf Grund der Tariflosigkeit dieses Arbeitgeberverbandes für die oberen Gruppen bereits seit Januar v. J. nach dem „Leistungsprinzip“ aufgebaut. Für diese Gruppen bestand ab 1. Januar 1925 nur je ein Mindestgehalt für einen 20jährigen Angestellten,

und ab September 1925 ein Höchstgehalt für solche Angestellte, die mindestens eine dreijährige Tätigkeit in der gleichen Gruppe zurückgelegt hatten. Rummel fordert der BBRZ., aber auch für die unteren Gruppen I und II, in denen nach seiner eigenen Ermittlung über 70 Proz. aller kaufmännischen Angestellten gruppiert sind, die Einführung der Leistungsbezahlung.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der vorerwähnte Prozentjahrs infolge der „Reorganisation“ der Betriebe inzwischen wesentlich zu Ungunsten der Angestellten verschlechtert hat, da ja in sehr vielen Betrieben „Umgruppierungen“ nach unten bzw. Gehaltskürzungen durch Androhung oder Aussprechen der „verpflichtigen“ Kündigung erfolgt sind.

Wie weit das Wohlwollen der BBRZ.-Gewaltigen ihren Angestellten gegenüber, die man so gern als „Mitarbeiter“ der Unternehmer bezeichnet, geht, dafür mögen nachstehende Zahlen dienen:

In der Gruppe KI war bisher ein Gehalt für einen 20jährigen Angestellten nach Beendigung der dreijährigen Berufsausbildung von 110 M. steigend bis zu 5 Entlohnungsdiestufen von 140 M., in der Gruppe KII 130 bzw. 160 M. vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß für die weiblichen Angestellten trotz gleicher Leistungen ein Abschlag von 10 Proz. in Frage kommt.

Der BBRZ. fordert nun, daß für die Gruppe KI in Zukunft lediglich ein Mindestgehalt von 110 M. für die männlichen, 99 M. für die weiblichen Angestellten und für die Gruppe KII 130 M. bzw. 117 M. tarifvertraglich festgelegt wird.

Wenn man sich vor Augen hält, daß von einem Gehalt von 99 M. noch folgende Abzüge zu machen sind: 1. Steuern, 2. Angestelltenversicherung, 3. Krankenkasse, 4. Erwerbslosenversicherung, 5. Fahrgehalt, so wird man erkennen können, welche himmelschreiende elende Bezahlung die BBRZ.-Betriebe ihren „Mitarbeitern“ zuteil werden lassen.

Daß es dem BBRZ. lediglich darauf ankommt, einen greifbaren Gehaltsabbau vorzunehmen, ist noch daraus zu ersehen, daß in der Verhandlung von den Arbeitgebern ausdrücklich erklärt wurde, daß jede Sicherungsklausel für die Angestellten, die höhere Gehälter beziehen, abgelehnt wird, da man ja die Möglichkeit haben möchte, Gehaltskürzungen bei „weniger leistungsfähigen“ Angestellten nach entsprechender Aufkündigung der Einzelarbeitsverträge vorzunehmen. Es wurde natürlich erklärt, daß man am Gehaltsrat nicht sparen wolle, sondern nur dem leistungsfähigen Angestellten hierdurch „besondere Aufstiegsmöglichkeiten“ böte. Die Bemerkung hierfür liegen ja auch schon vor. Hat es doch ein Großbetrieb fertiggebracht, den schon gut bezahlten leitenden Angestellten, die nicht durch den Tarifvertrag erfasst werden und darüber hinaus als ehemalige Offiziere erhebliche Renten von der verhassten Republik beziehen, für zirka 100 Angestellte dieser Gruppe wieder eine einmalige Leistungsbezahlung in Höhe von 160000 M. auszuwerfen.

Die Angestellten der Berliner Metallindustrie werden auch hieraus ersehen können, daß die bessere Bezahlung der leitenden Angestellten bzw. die Propaganda des Herrn von Borlig gegen den Selbstmord und somit die weitere Entrechtung der Arbeitnehmer finanziell in erster Linie von den Angestellten selbst getragen werden soll. Wir hoffen aber, daß — durch die Not geboren — die Einheitsfront innerhalb der freien Angestelltenverbände wieder hergestellt wird, die in den Jahren 1918/1920 unbestreitbare Erfolge für die gesamte Arbeiterbewegung errungen hat. Die Angestellten der Berliner Metallindustrie werden es sich aber nimmermehr angelegen sein lassen, aus Selbsthaltungsgründen dafür Sorge zu tragen, daß jeder Arbeitnehmer am Sonntag zur Abstimmung schreibt und mit „Ja“ stimmt.

Bundestag der Reichszollbeamten.

Der über 24000 Mitglieder zählende Bund deutscher Reichszollbeamten hielt vom 10. bis 12. Juni seinen ordentlichen Bundestag in München ab.

Geheimrat Wapenhensch vertrat den Reichsfinanzminister, der den Zollbeamten Dank und Anerkennung für die unter schweren Verhältnissen geleistete, hingebungsvolle Arbeit übermittelte.

Darauf erstattete der Bundesvorsitzende Troppehagen den Jahresbericht.

Am zweiten Verhandlungstage fand eine „Allgemeine Zollbeamtenversammlung“ statt, in der der Universitätsprofessor Geheimrat Dr. v. Zwiedner einen weit ausgreifenden und hochinteressanten Vortrag über die „Aussichten für

einen deutsch-österreichischen Zollverein

hielt, der das beste Mittel sein würde, um dadurch den politischen Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands für die Zukunft vorzubereiten. Gemäß gebe ein solcher Prozeß nicht ohne gewisse Beeinträchtigung einzelner Unternehmungsgebiete haben und drüben vor sich, aber doch immer nur in der Richtung, daß schwächere und weniger existenzberechtigte Unternehmungen untergingen. Außerdem lasse sich der Prozeß durch Einrichtung einer Zwischen-

zolllinie zunächst verlangsamen, so daß er sich nicht mit katastrophaler Richtigkeit abzuspielen brauche.

Am dritten Tage der Verhandlungen referierte der Bundesreferent des Deutschen Beamtenbundes, Herr Benz, über die Einstellung des Beamten zu den heutigen Wirtschaftsfragen.

Es wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Der Bundestag erhebt einstimmig und ausdrücklich Protest gegen eine weitere Verzögerung der Herausgabe des in der Befassung verankerten, seit dem Jahre 1920 der Beamtenschaft versprochenen Beamtensvertretungsgesetzes. Er fordert ein den Zeitverhältnissen entsprechendes

Reichsbeamtengehalt

und eine die Lebensmöglichkeit gewährende Befoldung der unteren und mittleren Gruppen. Ferner fordert der Bundestag die

Wiedereinführung des Achtstundentages

in der Reichsfinanzverwaltung, wie er bei den Länderregierungen und Gemeindeverwaltungen bestehe, bessere Beförderungsmöglichkeiten für die Nichtsupernumerare, gleichmäßige Bewertung der Nichtzollbeamten gegenüber den ehemaligen Verkehrsbeamten, Wegfall der unterschiedlichen Behandlung hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeiten zwischen Supernumerar- und Nichtsupernumerarbeamten nach abgelegter gleicher Prüfung und die Umwandlung der Stellen der Befoldungsgruppe V des inneren Dienstes (Bezirks-, Abfertigungs-, Bureau- und Kassendienstes) in die Befoldungsgruppe VI.

Der Bundestag spricht weiter die bestimmte Erwartung aus, daß an möglicher Stelle alsbald Maßnahmen zur Verkürzung der Grenzdienstzeit der Beamten eingeleitet werden, damit einerseits der drohenden Überalterung und andererseits der damit verbundenen unter den schwierigsten Dienstverhältnissen seit langen Jahren ausgelegten trostlosen Lage dieser Beamten endlich begegnet wird.“

Als Bundesvorsitzender wurde Oberzollsekretär Troppehagen wiedergewählt, Schriftführer wurde Zollinspektor Wachholz und Kassendirektor Oberzollsekretär Raschke.

Kapitalistische Wirtschaftsführung.

München, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Textilindustrie steht vor großen Stilllegungen. Wie wir erfahren, hat die Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei in Kempen, die zum Kolbemoor Konzern gehört, ihrer gesamten Belegschaft zum 26. Juni gekündigt. Die Stilllegung ist bereits genehmigt. Die Maßnahme wird von der Direktion mit den außerordentlich schwierigen Verhältnissen in der Baumwollindustrie begründet. Das Werk hat bereits seit längerer Zeit auf Vorrat gearbeitet. Weiter hat die Mechanische Weberei Fischen U.G. in Sonthofen ihren Betrieb bereits vollkommen stillgelegt, während die Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Kaufbeuren ihren Betrieb vorläufig noch mit der hohen Belegschaft und 42-Stunden-Woche weiterführt. Auch sie hat zum 3. Juli die Stilllegung beantragt.

APL-Funktionäre der Metallindustrie.

Da die Verhandlungen am Montag mit dem BBRZ. wiederum ergebnislos verliefen sind, wird nunmehr am Mittwoch, 23. Juni, ein verbindliches Schlichteramt über diese Streitigkeit einen Schlichtersatz stellen. Am gleichen Tage — Mittwoch, 23. Juni, 7 Uhr — tagt in Barmen die APL-Funktionäre der Metallindustrie, eine APL-Funktionärsversammlung. Tagesordnung: Schlichteramt zum Schlichtersatz über den neuen Gehaltsrat. Bei der Wichtigkeit der zu treffenden Beschlüsse erwarten wir das Erscheinen aller APL-Funktionäre. APL-Funktionäre: Busch (Güter), BBRZ. (Köln), BBRZ. (Düsseldorf).

Jugendgruppe des BBRZ. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen folgende Abteilungen: Barmen: Jugendheim Schöne Schillerstraße 61. „Was uns das Fahrenbuch erzählt“. — Barmen: Jugendheim Roggath, M. Eisenbahn. — Wedding-Gesangsbrunnen: Jugendheim Schönheitsstr. 1 (Weddingheim 5 Tra.). Vortrag: Berufs- oder Industrienerwerb? — Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4. „Ist ein ewiger Frieden möglich?“ (Diskussion). — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Kantatenkammer). Sing- und Spielabend.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Neuss 1: Jugendheim Barmen, 28. Hof. Diskussion über die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. — Schöneberg: Jugendheim Rudenstraße (Sportplatz). Vortrag: Sozialismus und Sozialreform. — Südwesten (Kreuzberg 2): Bezirks-Jugendheim Städtische Schwimmhalle Bismarckstr. 61. Wie beladen die Gruppe Neuss 1. — Norden: Jugendheim Metallarbeiterverbandshaus, Eisenstr. 22/23. 1. Vortrag 2 Troppehagen. Spielabend im Schülerpark. — Köpenick: Jugendheim Oberwallder Str. 10. Vortrag: Recht der Arbeit. — Charlottenburg: Jugendheim im Kranenstollenhaus Berliner Str. 137. Vortrag: Die Sonnenenergie und Licht. — Spiele im Freien veranstaltet ab 7 Uhr die Gruppen: Köpenicker Platz, Frankfurter Allee und Mitte im Reichshofheim, Platz 4. — Bismarckstr. spielt im Treptower Park, Schillerstr. 1. — Gesundbrunnen und Wedding spielen auf der Schülerwiese im Schülerpark.

APL-Funktionäre. Heute, Mittwoch, 7 Uhr, sehr wichtige Professionskonferenz im Hofenthaler Hof, Rosenfelder Str. 12. Alle Gewerkschaften, sowie besonders die Kollegen, die Betriebsratsmitgliedschaft sind und andere Funktionen bekleiden, müssen ebenfalls unbedingt erscheinen. Sozialismus und Mitbestimmung des BBRZ. legitimieren.

Veranstaltung für Politik: Groß Weizel; Wirtschaft: Arns Götterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: A. S. Böhler; Entfalten und Contingent: Frau Karthaus; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Gieser u. Co., Berlin. 258 88 Lindenstraße 2, Stern 1 Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

KINDER-WOCHEN

Um den Kindern eine besondere Freude zu machen, haben wir in unseren Häusern einen Vergnügungspark eingerichtet, in dem die Kleinen sich in Begleitung Erwachsener nach Herzenslust belustigen können.

Kinder-Kleider 125
45-70 cm lang, aus mehrfarbig bedrucktem Baumwollmischgew., ca. 45 cm lang. Jede weitere Größe 25 Pf. mehr.

Rittel-Kleider 175
aus besticktem Ripps, in Weiss, Rosa, Hellblau, ca. 45 cm lang. Jede weitere Größe 25 Pf. mehr.

Kinder-Söckchen
mit geschmackvoll. Wellrändern, prima Qualität

Gr. 1-3 38 Pf. Gr. 4-6 48 Pf.
Gr. 7-9 58 Pf. Gr. 10 68 Pf.
pro Paar

Kinder-Sweaters
mit vierck. Ausschnitt u. knitz. Aermeln od. mit Umlegekrag, u. lang. Aermeln, farb. feine Baumw., gew.

95 Pf.



Mädchen-Hemden
aus kräftigem Wäscheleinen, mit Stickerei reich garniert, Länge 85-100 cm durchweg

145

Mädchen-Beinkleider
aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei reich garniert, Länge 25-35 cm, durchweg

125

Sportanzüge 370
für 2-3 Jahre, bestehend aus gestreifter Zephyrbluse und marineblauer Hose, mit Gürtel, für ca. 2 Jahre. Jede weitere Größe 30 Pf. mehr.

Mädchen-Kleider 335
45-100 cm lang, aus kariertem Zephyrstoffen, ca. 45 cm lang. Jede weitere Größe 30 Pf. mehr.

Ein Posten

Strickjäckchen und -Höschen
haltbare Qualität

45 Pf. an

Strickjäckchen -Höschen u. -Röckchen
gute Qualität, in verschied. Ausführungen

75 Pf. an

Von 9 bis 11 1/2 Uhr

Morgen-Konzert

in unseren Häusern beim Vergnügungspark

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee



Ein Posten

Baby-Kleidchen
enorm billig

125

Spielhöschen u. -Kleidchen
in schönen Mustern, aussergewöhnlich billig

195 Stück

HERMANN TIETZ

188

Wochenendausflug auf der Ostsee 20⁰⁰
Sonntag, den 17. Juni
Ausflug von Berlin nach Rügen
Sämtliche Kosten einbezogen, wie Eisenbahnfahrt III. Klasse, Dampferfahrt, Verpflegung einschließlich Trinkgeld.
Ausführliche Prospekte in den Reisebüros der Warenhäuser Hermann Tietz.

Unter den Dächern Berlins.



ein Jahr ist sie nun schon Aschenputtel bei anderen Leuten. Ein Jahr lang sind wir schon im Asyl, mein Mann, die beiden Kleinen und ich. Ein Jahr im Obdach! Wir wissen kaum mehr, daß wir zu einander gehören, die Kinder wachsen heimatlos auf." Seufzend drehte sie sich um. Da fiel ein Blatt Papier von ihrem Nachtsch. Sie hob es auf, es war ein Abdruck des Hindenburg-Briefes zum Volksentscheid. Mit zorniger Gebärde warf sie das Papier zurück. „Der Bißch! — Denen möchte man noch Milliarden nachschmeißen. — Für uns ist keine Dachkammer übrig. Wohnungen soll man lieber für das Geld bauen, Wohnungen, damit auch der Arme als Mensch mit seiner Familie leben kann!“ Die andere reichte sich gähnend: „Ich wer' den zwanzigsten auch nicht verjessen. Wir Armen werden wohl alle dran denken. Wir lassen uns kein I für'n U mehr vormachen — wir wissen am besten, wie die „Ausnutzung der Not des Volks wirklich aussieht“. Sie hustete und rang dann mühsam in der verbrauchten Luft des Saales nach Atem.

Im Krankenhaus.

In einem großen Park lag das städtische Krankenhaus. Der junge Arzt sah aus dem Schläfe auf. „Ein neuer Tag! Wäre er nur schon vorbei! Ich habe die Freude an meiner Wissenschaft verloren. Wenn wir den Menschen Luft, Sonne und gute Nahrung schaffen könnten — ein Drittel unserer Betten würde leerstehen. Wenn ich die Millionen, die uns die Fürsten gekostet haben, für meine Kranken hätte verwenden dürfen! Wenn der Volksentscheid nur durchgeht, wenn nur die Hälfte des Geldes dann für gesunde Wohnungen, für Krankenhäuser und Sanatorien frei würde! Ach, wer von uns Ärzten noch ein Herz, noch ein Gewissen hat, bringt am zwanzigsten alle seine Kranken an die Uene. . .“

Mutter und Kind.

Das war das schmutzig-graue Häusermeer des Berliner Ostens. Eine Mansardenwohnung. Ein zerbrochener Glühstrumpf erhelle den Raum gerade soweit, daß sich die dunklen Umrisse der Möbel von der schmutzigen Tapete abhoben. Auf der Kante des Sofas sah eine abgezeichnete Frau. Ein elfjähriger Junge mit gelbem Gesicht und unnatürlich glänzenden Augen lag halb in ihrem Arm. „Na, mein Junge, kannst du nu besser Lust frieren?“ Und zärtlich wuschte sie ihm mit ihrer abgearbeiteten Hand die schweißverklebten Haare von den eingefallenen Schläfen. Die fiebernden Hände des Jungen zupften an der zerklüfteten Decke. „Mutter, nich, was, dielet Jahr komm ist jeshi wog? — Tu nehmi se ja den Kaiser die Schlösser mech, wo er ja nich mehr drin wohnt! — Und denn komm ist nach die Pfaueninsel, wo wir mit die Schule war'n, wo die jungen Häuser leer stehen — oh, Mutter, die scheenen Blumen. . .“ Und wieder zup'ten die mageren kleinen Hände an der Decke. Tief sank der Kopf der Mutter. „Ja, mein Junge, du sollst auf die Pfaueninsel! Die leeren Schlösser werden wir schon aufkriegen, am zwanzigsten woll'n wir' mal versuchen!“

Vor dem Kessel.

Ein niederes Gebäude zog meine Augen auf sich: Das Kesselhaus einer chemischen Fabrik im Westen Berlins. Da standen vor dem Feuer zwei bis zum Gürtel nackte Männer. Ein Blick auf den Manometer — sie reackten die Rücken. Jetzt durfte man



moch ein paar Worte wechseln. „Na, Basißki, was macht denn deine Ollie? Hat se't immer noch so mit de Frömmlichkeit? — Laßt se dir denn lieberhaupt in de Berammlungen, oder hat ihr der Kaplan det Abstimmen verboten?“ Damit bot der Große gutmütig (spottend) dem Kollegen die Bierflasche. In dem ruffigen Gesicht des anderen blühten die weißen Zähne. „Mir kanntste nich uff den Arm nehmen, Friße! Wenn meine Ollie noch katholisch is, det weh se doch, was sich für 'ne Arbeiterfrau jehört. Un wie ihr neulich eine Wohltätigkeitswanze wat von Firstenberaubung und moralisch Erschütterungen erzählet wölte, da hat se ihr erklart, Sankt Crispin hätte noch jeshoben und wäre doch in'n Himmel jekom'm und een Heiliger jermorden! Oder ob det nich wahr wäre; Sankt Crispin macht den Armen Schuh und stahl den Reichen das Leder dazu?“ So kannte ihr den Vers in ihrer Lejende zeijen! — Et käme druff an, fier wat und von wem man nimmt! Un id habe mir jekreit, det meine Ollie so tock in ihre Lejende war. — „Na, denn laß ihr man katholisch sind, denn scheint ihr det ja nicht zu schaden!“ — Und lachend packten beide die schweren Schaufeln fester.

Die Ehemaligen.

Allmächtiger, das war der berühmte „Schreck in der Abendstunde! Das erste, worauf meine entsejten Blicke fielen, war ein Bild der „Retters“. Ein goldbronzierter Eichenzweig machte heidenhafte Anstrengungen, die Bruchstellen in dem Rahmen zu verdecken. Das Zimmer war ein Karitativkabinett, auf dem Schrank stand eine als Granate frisierte Weißbierkrone und Wilhelm I. guckte mich mit gipferner Leutseligkeit an. Das war das Ende! Auf dem Tisch aber lag ein Flugblatt, ein Abdruck des Hindenburg-Briefes, sowie ein angefangener Brief. Neugierig glitten meine Augen über das Papier. Wenige Zeilen nur

Mitternacht. Auf dem Schreibtisch lag ein Haufen Propaganda-material der Gegner, von der Rundgebung der Bischöfe bis zum Hindenburg-Brief. Alle Begriffe des gesunden Menschenverstandes schienen vertauscht, alle Ideen von natürlichem Recht, Moral und Sitte auf den Kopf gestellt. Angeekelt schob ich den Bustr zurück und trat ans Fenster. Unter meiner hochgelegenen Wohnung breiteten sich die Dächer Berlins aus. Was mochten die dunklen Häuser bergen? — „Auspeitschung der Rasseninstinkte, Ausnutzung der Not des Volkes, Recht muß Recht bleiben!“ „Wenn man's so liebt, so mag es leidlich scheinen!“ Ach, ja, Papier ist geduldig, und mit Worten läßt sich viel beweisen, mit Worten ein System bereiten — war es nicht Rephito, der einst diesen guten Rat gab? Was aber war Wahrheit. Wenn sich die dunklen Dächer doch einmal heben würden, daß jeder sehen könnte, wo das Recht, wo das Unrecht ist!

Und die Dächer Berlins verschwanden, man sah in das Innere der Häuser. . .

Im Familienobdach.

Neben der Ringbahn standen die großen gelb und roten Backsteinwürfel des städtischen Asyls. Ich sah gerade in einen Frauensaal des Familienobdachs. In zwei eng nebeneinanderstehenden Betten lagen zwei junge Frauen noch wach und stüßerten leise miteinander. „Ich kann nicht mehr schlafen, ich muß immer an meine arme Lotte denken — sie hat mich gestern so gebeten, sie doch auch ins Asyl zu nehmen! Ich wollt's dem Kind ersparen, aber

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Die Dame tat, als hätte sie nichts gehört. Aber der Herr, der bei ihr saß, rief zurück: „Dann lade ich dich ein, du Faulenzler. Für nützliche Dinge bist du ja nicht zu gebrauchen.“ „Richtig, Faulenzler,“ sagte der Posten, „an wen verkaufst du sie denn heute abend? Zwanzig Centavos bezahlt einer wohl noch und ein Glas Eiswasser.“

Run kam Senor Doug zur Tür und sagte: „Stören Sie hier meine Gäste nicht, wer nicht hergehört, fort!“

„Gäste? Sind ja alles Hurenbengel, aber keine Gäste,“ schrien nun nicht nur die Streikposten, sondern auch andere Burtschen, die dabei standen. „Bezahlen Sie mal einen anständigen Lohn und geben Sie richtiges Essen. Wir sollen Ihnen wohl erst einmal das Leder abziehen. Machen Sie nur recht rasch. Lange warten wir nicht mehr und stehen hier auch nicht mehr lange Posten. Dazu haben wir keine Zeit. Dann werden wir mal einen anderen Ton anstimmen.“

Run kam der Inspektor Lamas zur Tür. Er mußte sich wohl für seine Schulden einsehen. Borige Woche hatte er auch noch eine Torte für fünf und zwanzig Pesos bekommen mit dem schönen Namen „Adelia“ draufgegoßen. Adelia war eine jener drei Geliebten, und die Torte war für ihren Geburtstags bestimmt. Er war noch besonders in die Backstube gekommen und hatte Rosenranken als Verzierungen gewünscht. Diese Torte war er auch noch schuldig.

Er stand eine Weile in der Tür und hörte sich die Reden mit an. Dann zog er seinen Revolver und schlug dem Posten, der ihm am nächsten stand, mit dem Knäuel eins über den Kopf, so daß gleich das dicke Blut herausquoll. Dann piff er. Es kamen zwei Polizisten, und er ließ alle Posten und einige andere Leute, die in Sympathie mit den Streikenden waren, zur Hauptwache führen.

Kaum waren sie abgeführt, da kam Morales zurück, der drei Stunden abgelöst war und jetzt wieder kam, um seinen Posten von neuem anzutreten. Als er hörte, was geschehen war, rief er rein: „Du Hundesohn, badrin,“ er meinte Doug damit, „jetzt geht es dir schlecht, das sollst du mal sehen. Bis jetzt haben wir nur Spaß gemacht. Aber wenn du das nicht anders haben willst, wir können auch noch eine andere Fföde blasen.“

Morales ging sofort zum Bureau des Syndikats. Zehn Minuten darauf war schon der Sekretär auf der Wache.

„Was wollen Sie?“

„Sofort her mit dem Inspektor. Mit dem werde ich jetzt mal ein Wörtchen reden. Der ist befoßen.“

Der Inspektor kam, und der Sekretär wollte seine verhafteten Leute sehen. Auch diese Leute kamen, und der Sekretär fragte nun nach dem Polizeidirektor. Auch der kam, wurde ganz aufgeregt, als er den Sekretär des Syndikats sah und machte sich gleich an das Geschäft.

„Warum haben Sie den Mann geschlagen?“ fragte der Direktor.

„Er hat die Leute im Café beschimpft.“

Der Direktor sah ihn jetzt voller Wut an: „Wo steht, daß Sie einen Mann, der jemand beschimpft und sonst nichts tut, schlagen dürfen?“

Lamas wollte was sagen, aber der Direktor fiel ihm gleich ins Wort: „Kennen Ihre Instruktion nicht!“ Er wandte sich zum Schreiber: „Schreiben Sie, Lamas ist in Unkenntnis über seine Instruktionen.“

Dann sagte er zu Lamas: „Das ist hier kein guter Platz für Sie. Ich werde sehen, daß ich ein Dorf für Sie kriege, wo Sie kein Unheil anrichten können. Und wenn nochmal etwas Uebelnisches vorkommt, werden wir ohne Sie fertig werden müssen. Wird uns nicht schwer fallen. Warum haben Sie die Leute hier verhaftet?“

„Die haben alle Gäste und Senor Doug beschimpft,“ sagte Lamas schüchtern.

„Beschimpft. Beschimpft. Was heißt das, beschimpft?“

„Sie haben Hurenlohn gesagt,“ verteidigte sich Lamas.

„Wenn Sie jeden verhaften wollen, der Hurenlohn sagt, dann werden Sie wohl um das ganze Land gleich eine Gefängnismauer ziehen müssen. Ich glaube, Sie sind nicht ganz richtig im Kopfe.“

„Sie haben die Leute aber auch noch bedroht.“ Es klang recht kläglich, was Lamas sagte und wie er es sagte.

„Bedroht. Was verstehen Sie denn darunter?“

„Sie haben gesagt, sie wollen Senor Doug erschlagen.“

„Das haben wir nicht gesagt,“ riefen die Verhafteten.

Der Direktor sah Lamas ironisch an und sagte: „Hat zu Ihnen noch nie jemand gesagt, daß er Sie erschlagen wolle? Haben Sie dann Ihre Frau und Ihre Freunde und Bekannten auch gleich verhaftet und mit dem Revolverkolben über den Kopf geschlagen?“

„Das schien aber hier sehr ernst zu sein,“ sagte Lamas.

„Um Ihre Haut oder um was? Hat einer von denen, die Sie verhaftet haben, jemand geschlagen oder beraubt oder das Café des Senor Doug demoliert? Sicher nicht, denn dann würden Sie mir das gleich erzählt haben. Wir und Sie sind dazu da, um das Eigentum und die Person des Senor Doug zu schützen, aber es steht nicht in der Verfassung, daß wir dazu da seien, ihm zu helfen, Löhne zu zahlen, von denen kein Mensch leben kann, und ihm zu helfen, seine Leute jeden Tag so lange zu beschäftigen, daß sie nicht einmal mehr Zeit finden, mit ihrer Familie spazierengehen zu können. Wenn die Leute sich das gefallen lassen, das geht uns nichts an; aber wenn sie es sich nicht mehr länger gefallen lassen wollen, dann ist es nicht unsere Aufgabe, die Leute deshalb zu verhaften. Warum verträgt sich Senor Doug nicht mit seinen Leuten? Dann hätte er gleich Ruhe. Aber diese Unordnung kann nicht weitergehen. Das kann ja zu Ruhestörungen führen. Ich werde sofort anordnen, daß das Café La Aurora für zwei Monate geschlossen wird. Dann ist da Ruhe.“

Er wandte sich zum Schreiber: „Füllen Sie gleich das Schließungsdocument aus für zwei Monate. Ich werde es unterzeichnen und beim Gouverneur verantworten. Und Sie, Senor Lamas betrachten sich als vorläufig Ihres Dienstes entboden, bis ich vom Gouverneur unterrichtet bin, wohin Sie verseht werden. Die Verhafteten sind entlassen. Außerdem irgendwelche Beschwerden?“

„Nein,“ erklärten die Leute.

Der Direktor stand auf, gab dem Sekretär des Syndikats, der sich verabschiedete, die Hand und sagte zu ihm: „Wir haben ja nun in der Angelegenheit nichts mehr zu tun. Das weitere liegt jetzt bei Ihnen. Es war gut, daß ich so schnell zu erreichen war. Es sind immer noch welche da, die nicht mitkönnen.“

„Oder die nicht mitwollen, weil sie gebunden sind,“ sehte der Sekretär fort.

„Er wird einen Platz bekommen, wo er Ersparnisse machen kann, weil er keine Ausgaben hat. Ich habe schon einen Platz für ihn, eine Banditenregion. Wenn er etwas wert ist, da kann er es zeigen. Und wenn er nichts wert ist, werden wir ihn feuern. Er gehört immer noch zu dem alten Stock, die glauben, daß die Diktatur die einzig richtige Form des Regierens ist. Wir haben sie bald alle raus, und es ist ganz gut, wenn die Leuten, die wir drin haben, in alle Fehler verfallen.“

(Fortsetzung folgt.)

standen auf der angefangenen Seite. Ich las: ... daß ich immer fönigstreu bis auf die Knochen war. Ich gab unser Geld für Eisenketten und -ringe, ich habe fast unser ganzes Vermögen in Kriegsanleihe angelegt. Wir haben alles verloren, ich habe nicht geklagt. Ich bin mit Marie in das kleinste Zimmer meiner Wohnung gezogen, alles andere haben wir vermiethet, und doch leiden wir noch manchmal Mangel. — Siehst Du, das werde ich nie begreifen, warum von allen guten Deutschen allein die Fürsten nichts opfern wollen. Sie müssen entartet sein, daß ein Volkentscheid sie erst an ihre Pflicht erinnern muß. Und wenn eine deutsche Partei anders schreibt, dann weiß der Himmel, wer dahinter steht. Ich gehe ... Hier brach der Brief ab.

Wöchentlich schlägt die Uhr meines Zimmers mit hartem Schläge eins. Ich zuckte zusammen, mein Blick lehrte gebendet in das erleuchtete Zimmer zurück. Auf meinem Schreibtisch lag noch immer die Wurst papierner Lügen. — Mit einer Bewegung meiner Hand legte ich den Kebricht herunter. Was sollte das Papier! — Ich hatte das Leben gesehen!

Das Logis im Bierkeller.

Wo ein Gastwirt seine Angestellten unterbringen darf.

Ein trauriges Kapitel unserer Zeit: Die Arbeitsnachweise für Hausangestellte über- und überall, die Mädchen erbieten sich sogar ohne Lohn, bloß für Essen und Schlafen. Diese Konjunktur ist für derart sozial denkende Arbeitgeber wie den Gastwirt F. aus der Bergmannstraße Wasser auf die Geschäftsmühle. Der Herr beschäftigte zwei Mädchen in seinem Lokal, die er — bei 14—15 Stundeniger Arbeitszeit, mit einem Monatslohn von ganzen 18 M. bezahlte. Diese Mädchen hausten seit etwa 4 Wochen in einem unterhalb der Gastwirtschaft gelegenen „Bierkeller“. Der Eingang in dieses komfortable Schlafgemach erfolgte durch die übliche Kellerkammer, die sich im Lokal befindet, von da geht es über die Kellertreppe hinunter. Der Raum besitzt kein einziges Fenster, nur in Deckenhöhe hinter Eisenvergitterung ein kleines, schmales, eingemauertes Glasfensterchen, das bloß das allerdürftigste Licht einläßt. Dies Fensterchen haben die armen Dinger, die es in der stickigen, muffigen Atmosphäre einfach nicht aushielten, eingekloppt, um atmen zu können. Nachts mußten sie sich feuchte Tücher auf den Kopf legen und ließen nebenan den Wasserhahn laufen, da sich ihnen die gänzlich kauerstoffleere Luft wie ein Alp auf die Brust legte. Naturgemäß ist dieser Raum sehr feucht, die Wände sind mit Risse bedeckt und der Steinboden, der ein für Schmutzwasser bestimmtes Gullyloch aufweist, ist mit Wasser überflutet, so daß unter den Betten das Wasser steht. Kleider, Schuhe, Wäsche, die frei herumliegen — ein Verhältnis hierfür ist selbstverständlich nicht vorhanden — sind dicht mit Schimmel bedeckt. Nachdem sich die Mädchen ohne Erfolg bemühten, eine andere Schlafgelegenheit zu erhalten — ihr früheres Schlafzimmer prangt jetzt als „zu vergessenes Vereinszimmer“ — erlittete der Vater des einen Mädchens Anzeige bei der Revierpolizei. Die Untersuchung der Angelegenheit ergab, daß die Revierpolizei sofort — ohne Hinzuziehung des Gesundheitsamtes oder anderer hierfür kompetenter Stellen — das Schlafen der Mädchen in diesem Räume aufs strengste untersagte. Dies geschah am 9. Juni, die Mädchen erfuhrn jedoch von diesem Verbot nichts. Bis sie es schließlich nicht mehr aushielten und davonliefen.

Wer wird es unternehmen, den Herrn Gastwirt, der sich auf so verbrüderliche Weise an der Gesundheit seiner Angestellten vergreift, noch nachträglich zur Verantwortung zu ziehen?

25 Jahre Kinderasyl.

Das Kinderasyl der Stadt Berlin, das in dem von Ludwig Hoffmann geschaffenen Haus in der Kürstlerstraße untergebracht ist, feiert jetzt 25 Jahre. Aus den reichen Mitteln der Schmidt-Gallisch-Stiftung, die durch andere Zuwendungen (z. B. vom Konditor Kranzler) sich noch vermehren, wurde die Anstalt von der Stadt gebaut, eingerichtet und unterhalten. Nachdem aber die bei Eröffnung des Kinderasyls am 15. Juni 1901 noch übrig gebliebenen 2 1/2 Millionen Mark Stiftungskapital in den Jahren der Geldentwertung größtenteils verloren worden sind (nur 150 000 Mark können jetzt durch die Aufwertung gerettet werden), ist diese Anstalt ganz zum Waisenhaus der Stadt genommen worden, dem man sie räumlich und verwaltungstechnisch von vornherein angegliedert hatte. Das Kinderasyl und die beim Waisenhaus bestehende Säuglingsabteilung bilden heute zusammen eine Säuglingspflegeanstalt von 300 Betten, wovon 160 zum Waisenhaus und 140 zum Kinderasyl gehören.

Aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Tages, an dem das Kinderasyl seine segensreiche Tätigkeit beginnen konnte, wurde im Festsaal des Waisenhauses eine feierliche Feier veranstaltet. Bürgermeister Schöy, der Delegierten der städtischen Wohlfahrtspflege, begrüßte die Gäste, die Vertreter von Behörden des Reiches, des Staates, der Stadt und ihrer Bezirke und von Vereinen der Herzogenschaft. Auch die Pflegerinnen des Kinderasyls nahmen an der Feier teil. Verwaltungsdirektor Holz gab einen Rückblick auf die Entwicklung der Anstalt, und der ärztliche Direktor Professor Dr. P. F. Meyer würdigte die erfolgreiche Mitarbeit des Kinderasyls an den Bemühungen zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit. Während wurde der Verdienst des früheren ärztlichen Direktors Prof. Dr. Finkelschein gedacht, der das Kinderasyl seit der Eröffnung viele Jahre geleitet hat und jetzt Direktor des Kinderkrankenhaus der Stadt ist. Im Jahre 1899 hatte die Säuglingsabteilung des Waisenhauses 24 Betten, die in einem Jahr als Sterbepolster für 345 Säuglinge diente! Noch damals glaubte mancher, daß Säuglingspflege in Anstalten nur solche mörderischen Ergebnisse haben könne. Aber schon sehr bald nach der Eröffnung des Kinderasyls zeigte es sich, daß in einer gut geleiteten Säuglingsanstalt die Sterblichkeit auf ein erträgliches Maß herabgedrückt werden kann. Die Jahre der Geldentwertung, in denen das Kinderasyl bei ungewöhnlich starker Belegung unter brüderlichem Mangel an Wäsche und Betten litt, brachten eine neue Steigerung, doch ist auch dieser Rückschlag schon wieder überwunden. Es starben in 1923 über 9 Proz. der Aufgenommenen, in 1925 nur noch 3 Proz. der Aufgenommenen. Die Anstalt hat sich den Ruf einer Musteranstalt zu erwerben und trotz aller Schwierigkeiten zu erhalten vermocht.

Mit dem Kinderasyl feiert das Jubiläum auch Schwester Gertrud Blüthgen, die in der Anstalt seit der Eröffnung tätig gewesen ist und jetzt auf ein Vierteljahrhundert treuer Pfliegerarbeit zurückblickt.

Beim Übungsschwimmen ertrunken.

Ein sehr bedauerlicher Unfall hat sich am Dienstag bei der in Wannsee stattgefundenen Übung der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz ereignet. Bei der Übung wirkten mehrere junge Leute mit, die im Wasser Ertrinkende zu markieren hatten. Bei dieser Gelegenheit erkrankte ein Knabe tatsächlich, ohne daß ihm rechtzeitig Hilfe gebracht wurde. Der Ertrunkene 12 Jahre alte Wilhelm Jankow, Jochendorfer, Beerensstraße 10, konnte leider trotz eifrigen Suchens bis jetzt nicht gefunden werden, trotzdem mehrere Angehörige der Sanitätskolonne und der Reichswasserschutz mit Kanopfen suchten. Die Sanitätskolonne wird nicht umhin können, über den Unglücksfall weitgehende Aufklärung zu geben.

Ein Kellner von einem Gast erschlagen.

Einen tödlichen Ausgang hat eine Mißhandlung genommen, die vor einigen Tagen ein 67 Jahre alter Kellner Oscar Paul von einem ungebüßlichen Gast erlitt. Paul war am vergangenen Freitag gezwungen, einen unbekanntem jungen Gast, der etwas angetrunken war, aus dem Brauerei-Aus-

Das Schicksal des Haushaltsplans.

Deutschnationale und Kommunisten samt Zentrum machen Schwierigkeiten.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung gelangte mit der Beratung des Stadthaushaltsplans gestern zu dem schwierigsten Punkt, zur Entscheidung über die zu erhebenden Steuern, deren Gesamtbetrag sich auf 138 Millionen Mark beläuft. Den Kommunisten hielt Genosse Reuter vor, daß sie Schwierigkeiten bereiteten durch Anträge, die sie im Ausschuss zu stellen unterlassen hätten, und nun im Plenum in die Verhandlungen hineinwarfen. Bei dem Kapitel Steuern rechnete Genosse Lohmann mit den Kommunisten ab, die ebenso wie die Deutschnationalen durch ihre Stellungnahme zur Grundsteuer das Zustandekommen des Haushaltsplans gefährdeten. Unser Redner forderte die Stäffung der Grundsteuer, damit die Lasten auf die stärkeren Schultern geduldet werden können. Die Grundsteuerordnung wurde nach dem Vorschlag des Ausschusses angenommen. Die Hoffnung, mit der Festsetzung des Haushaltsplans baldigt fertig zu werden, erfüllte sich nicht. Mit den Kommunisten erklärte auch das Zentrum, sich zur Annahme des Haushaltsplans nicht entschließen zu können. Als dann die vom Ausschuss vorgeschlagene Steuerumlageverteilung mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde, beschloß man den Ausweg einer dritten Lesung zu versuchen. Sie kann erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

Der Vorsteher, Genosse Haß, eröffnete die gestrige Sitzung der Stadtverordneten mit einem Nachruf auf den kürzlich infolge eines Verkehrsunfalls verstorbenen früheren Stadtverordneten des Noabiter Stadtteiles Gerike. Der Vorsteher betont dabei, daß Gerike, der ein Alter von 88 Jahren erreichte, seit 1874 Mitglied der städtischen Körperschaften war. Dann gab Genosse Jankow zu den Ausführungen der deutschnationalen Stadträtin Kausler folgende Erklärung ab:

„Nach der bisher üblichen Anwendung des § 37 Abs. 6 der Geschäftsordnung war es mir unmöglich, auf die Ausführungen der Frau Stadtrat Kausler in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juni d. J. sofort zu erwidern. Ich erkläre deshalb heute das Folgende: Nachdem Frau Stadtrat Kausler trotz meiner unter Berufung auf die vorliegenden amtlichen Berichte gegebenen Widerlegung ihrer Behauptung in der Sitzung vom 29. April d. J. erneut darauf hingewiesen hat, daß ihre Behauptungen in allen Punkten den Tatsachen entsprechen, habe ich jetzt die Angelegenheit dem Herrn Oberbürgermeister übergeben mit dem Ersuchen, die nötigen Feststellungen bezüglich der Ausführungen der Vertreterin des Magistrats zu machen.“

Bei der Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplanes werden beim Kapitel

Unterricht — Bildung — Kunst

alle Abänderungsanträge, die sich auf die Unterstützung (oder Nichtunterstützung) der höheren Privatmädchenschulen beziehen, abgelehnt. Damit bleibt die Etatsfassung des Ausschusses bestehen, nach der in Zukunft nur die Anzeigen Ulrich, Klotow, Lorenz, Luisenpark in Steglitz und Anzeigen Franke in Hermsdorf unterstützt werden sollen. Alle anderen Anzeigen sind mit dem Fünftel des Etatsanschlages, das sie bereits bekommen haben, abgelehnt. Auch den in diesem Jahre noch unterstützten Anzeigen soll eröffnet werden, daß sie in Zukunft nicht mehr auf Unterstützung zu rechnen haben. Sozialdemokraten und Kommunisten nahmen die Ausschlußfassung an. Den insofern Aufgehören der städtischen Unterstützung und der dadurch etwa bedingten Schließung der Anzeigen erwerbslos werden den Lehrkräften sollen die Pensionsansprüche nicht gekürzt werden.

Beim Etat der Wohlfahrtspflege stellten die Kommunisten allerlei Anträge, die bei ihrer Annahme ganz außerordentlich hohe Mittel erfordert hätten. Die Anträge wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Stellung unserer Fraktion zu den Abstimmungen begründete Genosse Reuter mit folgender Erklärung:

Meine Parteifreunde halten es für unmöglich, daß heute hier im Plenum aus dem Handgelenk heraus Anträge gestellt werden, die nicht einmal im Ausschuss beraten wurden. Die Ausschussmitglieder haben sich die Köpfe darüber zerbrochen, wie die Mittel für die notwendigen Verbesserungen heranzuschaffen sind. Jetzt kommen die Kommunisten hier mit Anträgen, die geeignet sind, den ganzen Etat über den Haufen zu werfen. (Lärm bei den Kommunisten.) Das Vorgehen der Kommunisten stellt offenbar eine Kononade dar, die den Rückzug aus der Etatbewilligung decken soll. (Erneuter Lärm aus links.)

Die nun folgende Beratung des Staatstiteles Steuern benutzte der Stadtverordnete Steiniger (Dnat.) zur Abgabe einer Erklärung des Inhalts, daß die Deutschnationalen insofern der vom Ausschuss beschlossenen Steuererhöhungen, insbesondere der Grundsteuer und ihrer Stäffung, die den Mittelstand weiter belasten würden, sich außerstande lähen, dem Etat zuzustimmen. Seine Freunde würden also den ganzen Etat ablehnen. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion äußerte sich in längerer Rede Genosse Lohmann grundsätzlich über unsere Stellung zum Etat. Lohmann erklärte, daß nach den Erklärungen der Deutschnationalen und der Kommunisten nimmere die Zeit da sei, daß die

Entscheidung über den Haushaltsplan

offenbar werde. Ich halte mich für verpflichtet und berechtigt, das

Fazit der Beratungen zu ziehen. Da ist zunächst festzustellen, daß die Ausschussberatungen schneller als erwartet zu Ende geführt wurden, was unzweifelhaft keine Ursache darin hat, daß der Haushalt kein Etat des Ueberflusses, sondern daß bei Einnahmen und Ausgaben Rücksicht auf die Wirtschaftslage und die dadurch bedingte Sparanfekt genommen werden mußte. Der sogenannte Streichauschuss hat alle irgendwie ausschließbaren einmaligen Ausgaben gestrichen, dafür sind aber, der Not der Zeit entsprechend, die Beiträge für die Erwerbslosen, für allgemeine Wohlfahrtspflege und für die Vinderung der Wohnungsnot ganz außerordentlich erhöht worden. Auf dieser Grundlage balanciert der Etat. Eine Herabsetzung der Gewerbesteuer wurde nicht für opportun erachtet, weil eine Entlastung des Haushaltsplanes und der laufenden Bevölkerung nicht zu erwarten war. Der ganze Etat ist nur ins Gleichgewicht zu bringen, wenn die Grundsteuer auf 200 Proz. erhöht wird. Die Deutschnationalen haben sich die ganze Steuerberatung leicht gemacht, indem sie jede Steuererhöhung ablehnten, sich aber auch die Nähe erparter, neue Einnahmen für eine Balancierung des Etats vorzuschlagen. Genosse Lohmann verteidigte dann die soziale Stäffung der Grundsteuer, die nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses die Wohnungen bis zu zwei Zimmern gänzlich frei läßt und für die anderen Wohnungen eine Abwälzung der Grundsteuer auf die Mieten nach der Anzahl der Zimmer zuläßt. Eine schematische Erhöhung der Grundsteuer würde eine

unerträgliche Belastung der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise

bedeuten. Wir haben also der Grundsteuer eine soziale Milderung geben können. Wenn die Genehmigung zu der Grundsteuer und der Stäffung durch die Aufsichtsbehörden durch die Haltung der Kommunisten zweifelhaft werden sollte, so würde dadurch der Etat auch unerledigt bleiben. In der Praxis würde das aber bedeuten, daß die auf die Verabschiedung des Etats Wartenden, die Erwerbslosen, die Unterstützungsempfänger und alle sonstigen Notleidenden die Leidtragenden wären. Wie die Kommunisten das vor ihren Wählern verantworten wollen, ist ihre Sache. Festgestellt muß aber werden, daß in dem vorberatenden Ausschuss von ihnen mehrmals die Zustimmung erklärt worden ist.

Heute ziehen sich die Kommunisten aus billigen Gründen vor der Verantwortung zurück.

Sie haben es in der Hand, gemeinsam mit uns Sozialdemokraten den Etat sozial zu gestalten; wollen sie das nicht, weil nicht die Mitglieder der Fraktion, sondern ausschließliche Stellen über ihre Kommunalpolitik zu entscheiden haben, so tragen sie vor der Stadt und der Bürgerschaft allein die Verantwortung.

Stadtverordneter Meeten (Dem.) erklärte, daß seine Parteifreunde den Etat noch für unsicher hielten. Er knüpfte die Zustimmung zum Etat an zu beschließende Änderungen gewisser Etatstitel. Stadtverordneter Collofer (Wirtsch.) lehnte den Etat ab. Der Redner der Deutschen Volkspartei ließ seine Ausführungen in die Erklärung enden, daß sich seine Partei nicht den Luxus erlauben würde, einen Etat abzulehnen, der doch immerhin etwas für sich hätte. Der Zentrumsmann Lange, der erst für die Annahme des Etats gesprochen hatte, wobei er allerdings gewisse Einschränkungen machte, erklärte später, als die Linke des Hauses den Betrag für die Seelsorge in den Städtischen Kranken- und Siechenhäusern ablehnte, daß seine Parteifreunde nimmere dem ganzen Etat die Zustimmung verweigern würden. Die Kommunisten brachten durch den Stadtverordneten Schwenk den Antrag ein, die Abstimmung über den Gesamtetat so lange auszusetzen, bis die Aufsichtsbehörden über die Stäffung der Grundsteuer entschieden haben.

In einer Reihe namentlicher Abstimmungen wurde der deutschnationale Antrag auf Aufhebung der Weinsteuer und der kommunifische Antrag abgelehnt. Dagegen wurde die Grundsteuerordnung angenommen. Angenommen wurde ferner die Erhöhung der Hundsteuer auf 60 M. Rummehr gab Leh von den Kommunisten eine Erklärung des Inhalts ab, daß der vom „bürgerlichen Magistrat“ aufgestellte Etat nicht den Erwartungen der Wähler entspräche, die im Oktober vorigen Jahres eine kommunifisch-sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit gewählt haben. Die Kommunisten mühten infolgedessen dem Etat die Zustimmung verlagern. In der Abstimmung über den Umlageverteilungsplan (der die Höhe der einzelnen Steuern, wie sie erhoben werden sollen, festlegt, um die Ausgaben des Etats zu balancieren) wurden 88 Stimmen mit ja und ebenso viel Stimmen mit nein abgegeben. Der Umlageverteilungsplan war damit abgelehnt. Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei beantragten, eine dritte Lesung vorzunehmen, und die Versammlung beschloß in später Stunde demgemäß.

Am Schluß der Sitzung leisteten sich die Kommunisten noch einen besonderen Schildebürgerstreich. Der Vorsteher brachte eine Reihe Freigabeanträge des Magistrats zur Verhandlung, durch die Mittel bereitgestellt werden sollten für allerlei Arbeiten, bei denen zum großen Teil Erwerbslose hätten beschäftigt werden können. Die Kommunisten liehen eine Behandlung und eine Abstimmung darüber nicht zu, so daß sich also ihre Fürsorge für die Erwerbslosen wieder einmal im richtigen Lichte zeigte. — Die Versammlung beschloß schließlich die für heute Mittwoch angelegte Sitzung ausfallen zu lassen.

schank in der Berliner Straße zu Pankow hinauszuweisen, weil er sich sehr ungebührlich benahm. Statt der Aufforderung des betagten Mannes zu folgen, schlug der Gast ihn nieder und suchte dann das Weite. Paul wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Dort ist er jetzt an einem Schädelbruch gestorben. Der Uebelthäter ist noch nicht ermittelt.

Bezugsbildungsausloß Groß-Berlin. Vorstellungen für Kinder-Dezernente in der Städtischen Oper: Sonnabend, den 19. Juni, „Der fliegende Holländer“; Sonnabend, den 26. Juni, „Ahnung“; Sonnabend, den 3. Juli, „Die Randesföle“. Preis der Karte 1,50 M. (einschl. Garberode und Theaterzeitel). Karten zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof 2. Zimmer 8 und in allen bekannten Verkaufsstellen. — **Arbeiterbildungsschule:** In Oberbismarckstraße 10, 2. Hof findet in der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli ein Ferienkurs statt. Das Vortragsprogramm lautet: Der Marxismus in der Gegenwart, Lehrer Dr. Karl Schröder. Unterricht und gute Verpflegung pro Tag 3,50 M. Hörgeld für den ganzen Kursus 5 M. Meldungen bis spätestens Montag, den 14. Juni, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3, 2. Hof 2. Zimmer 8.

Schwere Unwetter in ganz Europa.

Schweres Unwetter mit Stürmen und Regengüssen beherrscht augenblicklich einen großen Teil des europäischen und amerikanischen Kontinents. In der Wetterlage, die zu starken Vondregen über Mitteleuropa und Uberschwemmungen im Elbe- und Odergebiet geführt hat, wird vorläufig kaum eine Aenderung eintreten, da das von den Meteorologen festgestellte „Tief“, nachdem es von Südeuropa gegen das Zentrum des Kontinents vorgestoßen und langsam nordwärts gezogen ist, auch weiterhin bestehen bleibt.

Die schlesische Provinzialverwaltung teilt mit: Die augenblickliche Wetterlage ist als katastrophal hochwassergefährlich charakterisiert. Die Talperrren

im Riesengebirge waren in letzter Zeit durch die anhaltenden Regenfälle größtenteils gefüllt. Infolgedessen mußten die Abflussmengen von den Talperrren erheblich gesteigert werden. Das Oder-Hochwasser ist infolge der unaufhörlichen Regenfälle in weiterem starken Steigen begriffen. Auch die Nebenflüsse der Oder führen große Wassermengen. Schwere Unwetterchäden werden aus Oberschlesien, namentlich aus den Kreisen Ratibor und Leobschütz und aus Niederschlesien gemeldet. Die Getreidefelder haben fast überall großen Schaden erlitten, die Heuente ist vielfach völlig vernichtet. In Görlich ist die Reife um rund 60 Zentimeter gestiegen und der Wasserstand der Elbe hat im Laufe des Dienstags einen bedrohlichen Charakter angenommen. In Ungarn wütete in der Nacht zum Dienstag ein orkanartiger Sturm, der in Debreczen ein Anwesen zerstörte. Auch aus Rumänien wird anhaltendes Unwetter mit Uberschwemmungen gemeldet. In Charlow in Rußland ist es zu heftigen Hagelschlägen und Uberschwemmungen gekommen, wobei 26 Menschenleben vernichtet wurden. Auch am nordamerikanischen Kontinent richteten Gewitterstürme in der Umgebung Chicagos großen Schaden an. Im Gebiet von Illinois und Indiana wurden mehrere Brücken zerstört. 15 Menschen sind bei dem Gewittersturm ums Leben gekommen.

Dresden, 15. Juni. (W.B.) Aus ganz Sachsen kommen Nachrichten über anhaltende starke Niederschläge, die zum Teil große Verheerungen anrichteten. Die Pulsnitz und die Gottschea sind über die Ufer getreten und verunsteteten Gärten und Felder. In der Dresdener Heide hat die Priegnitz mehrere Brücken fortgerissen und hunderte von Bäumen entwurzelt. In Dresden selbst wurden tiefer gelegene Keller und Wohnungen vielfach überschwemmt. Die Feuerwehr mußte wiederholt eingreifen. Auch die Bogerdame auf dem Grundstück der „Dresdener Volkszeitung“ wurden unter Wasser gesetzt. Alle oberen Biegel der Elbe melden ein erhebliches Steigen des Wasserstandes.

Papier-, Glas- und Porzellanindustrie.

Von der Konjunktur zur Krise. — Kartelle und Konzern.

Solange es mit der deutschen Industrie immer nur aufwärts ging, hat man die Bedeutung der Konsumkraft und die Produktionsfähigkeit in entgegengesetzter Richtung auseinandergerissen. Seit im Gefolge der Inflation die Konsumkraft und die Produktionsfähigkeit in entgegengesetzter Richtung auseinandergerissen wurden, hat man die Notwendigkeit, beide wieder in Übereinstimmung zu bringen, als das entscheidende Problem der Krisenlösung fast allgemein erkannt. Seitdem hat man auch deutlich zwischen konsumorientierten und produktionsmittelorientierten Industrien unterscheiden gelernt. Zwischen diesen beiden Gruppen stehen die Hilfs- und Hilfstoffindustrien, deren Abgabebereiche in beiden Richtungen liegen und von denen neben den Baustoffindustrien die Papier-, Glas- und Porzellanindustrie die wichtigsten sind.

Konjunktur und Krise in der Papierindustrie.

Die deutsche Papierindustrie hatte 1925 ein gutes Jahr. Gegenüber 1924 erhöhte sich die Papierproduktion von 1,38 auf 1,70 Mill. Tonnen; sie übertraf damit die Produktion von 1913, die 1,61 Mill. Tonnen betrug, nicht unerheblich. Entsprechend stieg die Verarbeitung von Papierholz; von 6,52 Mill. 1924 auf 8,32 Millionen Tonnen 1925.

Die Gewinne, die die Papierindustrie dabei nach Hause brachte, lassen sich heute bereits einigermaßen übersehen. Durch den Verkauf der Stinnesinteressen (Kohlst. A.-G.) an eine englische Gesellschaft Ende vorigen Jahres ist zwar die Uebersicht über die Papierindustrie erschwert; es läßt sich aber schon heute sagen, daß mit Ausnahme der Kappapapierindustrie, die größtenteils an den Baumarkt gebunden ist, ganz allgemein sehr gut verdient worden ist. Wenn auch der Export etwas zurückging, so kaufte das Inland bis auf die zwei letzten Monate des Jahres um so besser, und da die Papierindustrie besonders scharf kartelliert ist, sind die guten Abschlüsse nicht verwunderlich.

Auf die Gewinne im Zellstoffkonzern Waldhof haben wir schon früher hingewiesen. Auf ein Aktienkapital von 20 Millionen erzielte die Muttergesellschaft einen Reingewinn von 4,84 Millionen Mark, aus dem eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung kam. Die U.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation Wschaffenburg war das ganze Jahr vollbeschäftigt und legte zunehmend auch ans Ausland ab. Gegen Jahreschluß traten zwar nicht unerhebliche Kundenverluste aus Konturen ein, und die hohen Zinskosten der Gewinnrechnung (1,02 Mill. = 20 Proz. des Reingewinns) lasten auf die Bilanznahme größerer Bankkredite schließend, aber auf das Aktienkapital von 14,40 M. wird bei einem Reingewinn von 1,29 Mill. Mark eine Dividende von 8 Proz. verteilt. Aus dem Hartmann-Konzern liegen zwei Berichte vor. Die Kartonfabrik- und Papierfabrik A.-G. Berlin spricht von verbesserten Absatzmöglichkeiten und erheblicher Steigerung der Produktion. Die Abschreibungen sind beträchtlich; auf das dividendenberechtigende Kapital (4,83 von 5,5 Mill.) verbleibt trotzdem aus 519 000 M. Reingewinn eine Dividende von 10 Proz. Dieselbe Dividende von 10 Proz. verteilt die Papierfabrik P. Krappig des gleichen Konzerns. Da sie für 1924 mit einem Verlust von 119 000 M. abgeschlossen hatte, fällt die hohe Dividende besonders auf. Sie verzeichnet bei dem kleinen Kapital von 2 Mill. trotz der Vorjahrsverluste einen Gewinn von 387 000 M., deckt den Verlust daraus und verwendet noch über 200 000 M. für die Aktionäre.

Durch relativ hohe Zinskosten fällt die Chromopapier- und Kartonfabrik A.-G. Leipzig-Flagwitz auf (127 000 = 100 Proz. des Reingewinns). Sie hatte aber Aufträge genug, um das ganze Jahr hindurch die Betriebe voll in zwei Schichten zu beschäftigen. Der Umsatz betrug mit 6 Millionen fast das Vierfache des Aktienkapitals (1,62 Mill.); der Reingewinn 126 700 M., die Dividende 7 Proz. Noch viel günstiger, auch hinsichtlich der Bankschulden und der Zahlungsfähigkeit schnitt die Buntpapierfabrik A.-G. Wschaffenburg ab, die bei 2,8 Mill. Kapital einen Reingewinn von 340 000 M. bucht und 10 Proz. verteilt. Die einzige Ausnahme bildet die Stettiner Papier- und Pappfabrik (vorm. Schrödter u. Rabbow) A.-G., die stark vom Baumarkt abhängt. Sie konnte ihren Betrieb nur zu einem Viertel seiner Leistungsfähigkeit ausnutzen und verzeichnet einen Verlust von 276 900 M.

Das neue Jahr hat selbstverständlich auch für die Zellstoff- und Papierindustrie eine bedeutende Erschwerung der Lage gebracht. Einmal ist im Inland das Buchdruckgewerbe längst nicht mehr auf der Konjunkturböhe gewesen, wie 1924/25. Dann ist es gerade die unendliche Vielfaltigkeit der Papierverwendung, die eine plötzliche und sehr heftige Wirtschaftskrise der gesamten Wirtschaft für den relativ kleinen Ausschnitt der industriellen Produktion, den die Papierindustrie darstellt, besonders fühlbar macht. Endlich ist tatsächlich die Auslandskonkurrenz sehr stark und vielfach auch durch billigere Produktionsbedingungen konkurrenzfähiger, was natürlich durch die Kartellpreispolitik der deutschen Erzeuger nicht besser gemacht werden kann. Skandinavien, Finnland, Kanada machen sich besonders bemerkbar. Die größte europäische Papierfabrik mit einem Kapital von 60 Mill. Mark steht in Finnland; die Produktionsbedingungen sind so günstig, daß sie für 1925 einen Reingewinn von 24,4 Mill. oder 40 Proz. des Aktienkapitals erzielte. Auf der anderen Seite ist man in Deutschland um die Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit sehr bemüht, wofür die kürzlich erfolgte Ausstellung einer elektrischen Maschine in der Papierfabrik Feldmühle spricht, die mit 120 Meter Länge und 6 Meter Papierbreite bei einer 24stündigen Leistung von 120 000 Kilogramm die größte der Welt ist.

Die Preispolitik der Papierproduzenten scheint freilich wenig geeignet, die Ueberwindung der Krise zu fördern; haben die Hauptverbände doch noch in den letzten Wochen beschlossen, trotz der beträchtlichen Einschränkung des Absatzes und der Produktion die Preise im wesentlichen unverändert zu lassen.

Die Lage in der Glasindustrie.

Die Entwicklung in der Glasindustrie ist weniger günstig. Für die Konjunkturmonate des Jahres 1925 werden zwar auch hier ganz wesentliche Umsatzsteigerungen gemeldet; aber in den letzten Monaten des Jahres machte sich die Krise sehr scharf bemerkbar, so daß stark auf Vorrat gearbeitet wurde. Im neuen Jahr hat das Verlangen des Baumarktes für die Tafelglasindustrie und auch der anhaltende Rückgang der Kaufkraft (Flaschenindustrie) stark enttäuscht. Für die Tafelglasindustrie ist die Lage besonders durch das Vordringen der maschinellen Glasherstellung erschwert (Libbey-Owens-Patente), die den Kapital- und kreditstarken Firmen wegen der hohen Patent- und Anlagelosten des neuen Verfahrens einen bedeutenden Vorsprung gibt. Die Bemühungen, die Tafelglasindustrie durch Kartellierung zu „stärken“, sind bisher gescheitert. Die Spiegelglasindustrie hat es durch ihre langjährige internationale und nationale Syndizierung in dieser Hinsicht besser. Aber auch die Spiegelglasindustrie wird die Erfahrung machen, daß selbst die

scharfste Preis-, Kontingentierungs- und Quotifizierungspolitik keine Mittel zur Krisenheilung ist, wenn es so stark am Absatz fehlt, wie heute.

Die Geschäftsberichte aus der Glasindustrie für das Jahr 1925, die uns vorliegen, bieten noch ein relativ günstiges Bild. Die A.-G. für Glasindustrie, vormals Friedrich Siemens, Dresden, die stark in die maschinelle Glasfabrikation gegangen ist und bedeutende Tochtergesellschaften in Polen und der Tschechoslowakei besitzt, hat sogar sehr gut abgeschlossen. Auf ihr Kapital von 8,59 Millionen verteilt sie eine Dividende von 8 Proz. Die Tafel-, Salin- und Spiegelglasfabriken Fürth i. B. haben auf den verschiedensten Konten beträchtliche Abschreibungen untergebracht und verteilen auf das 2,10 Millionen Aktienkapital eine Dividende von 6 Proz. Die Deutsche Fensterglas A.-G. Berlin, die in der Form der G. m. b. H. mehrere Tochtergesellschaften unterhält, berichtet zwar auch Umsatzsteigerungen in den guten Konjunkturmonaten, schließt aber bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark mit einem kleinen Verlust (49 000 M.). Die bedeutendste deutsche Flaschenfabrik, die U.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke, Düsseldorf, ganz auf maschinelle Fabrikation eingerichtet, berichtet für ihre weiterverweiterten Betriebe eine die Vorkriegszeit wesentlich übersteigende Produktion. Sie hat sich neuerdings an ausländischen Flaschenfabriken beteiligt und die Majorität der hannoverschen Glashütte erworben. Obwohl sie über Kundenverluste im Gefolge der Krise klagt, weist ihre Bilanz einen Reingewinn von 908 000 M. (im Vorjahr 832 000 M.) aus, aus dem wie im Vorjahr eine Dividende von 8 Proz. zur Verteilung kommt. Die Deutsche Spiegelglas A.-G. in Hreden-Beine ist für die Verhältnisse im Spiegelglasland fast charakteristisch. Sie hat ab 1. Januar 1925 ihre Quoten im Verein deutscher Spiegelglasfabriken diesem durch ein Abkommen übertragen und wird von der Bewirtschaftung dieser Quoten durch das Syndikat leben. Für 1925 schloß sie nach bedeutenden Abschreibungen mit einem kleinen Gewinn bei einem Aktienkapital von 4 Millionen.

Kartelle und Konzerne der Porzellanindustrie.

Die Porzellanindustrie ist von drei Faktoren abhängig: vom Inlandskonsum, vom Export (60 Proz. der Produktion gingen 1925 ins Ausland) und zunehmend von der Elektrizitätsindustrie (Isoliermaterial). Sie ist unter den wesentlichen konsumorientierten Gewerbezweigen die am schärfsten kartellierte und neuerdings auch eine sehr stark konzernierte Industrie. Auch hier haben die vielfachen Verbände (Geldirrfabriken, Gebrauchs-, Bier- und Kunstporzellan, keramische Malerei, elektrotechnische Porzellanfabriken, Isolierwerke) keinen Damm gegen die Auswirkungen der Krise schaffen können. Es scheint vielmehr, als ob durch die Kartellierung nicht nur die Konkurrenzfähigkeit im Ausland leidet, sondern auch die Position der stärkeren Werke im Inlands- und Auslandsabfah noch begünstigt wird. Bekannt ist der starke Einfluß, den das Bankkapital auf die Konzernbildung in der Porzellanindustrie ausgeübt hat (Gebüder-Arnhold-Porzellan-Konzern, Bankhaus Arnhold-Dresden, Strupp-Konzern, heute unter dem beherrschenden Einfluß der Disconto-Gesellschaft, Berlin). Bisher liegt nur ein Bruchteil der Geschäftsberichte vor; aber es ist deutlich, daß der Rückgang der Beschäftigung, soweit diese vom Inlandsmarkt abhängt, seit dem Beginn der Krise sehr groß war. Auf den Ausbau des Exports und die Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz (besonders auf dem amerikanischen und englischen Markt) wird großer Wert gelegt; jedoch wird die Konkurrenzfähigkeit im Ausland durch den Rückgang des Inlandsabfahs, der die Verkauftkosten erhöht, durch Zölle und durch den Aufbau eigener Industrien in den früheren Bezugsländern sehr gehemmt.

Aus dem Arnhold-Konzern liegen uns drei Abschlüsse vor. Die Triptis A.-G. in Triptis verzeichnet einen Gewinn von 45 700 M. und gibt nur den Vorzugsaktien eine 7prozentige Dividende. Die Letzte Volkstedter Porzellanfabrik A.-G. verfährt ebenso und trägt einen Gewinn von 51 000 M. vor. Die M. Koesler A.-G. Koburg, die im Jahre 1924 eine 4prozentige Dividende verteilte, beschränkt sich diesmal auf die Vortragung des Gewinns. In sämtlichen Gesellschaften wurden aber genügend große Betriebsüberschüsse erzielt, um reichliche Abschreibungen vorzunehmen und Reserven zu stellen. Im Strupp-Konzern (Disconto-Gesellschaft), besonders bei den Werken der Interessengemeinschaft Porzellanfabrik Kahla-Schomburg Söhne, spielt die Verbindung mit dem Porzellanbedarf der Elektrizitätsindustrie eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zur Geldirrfabrikation war der Absatz an die Kraftzeugungs- und Stromverteilungsindustrie sehr bedeutend, wenn er seit Beginn der Krise auch hier zurückging. Die beiden Werke berichten gemeinsam; die Interessengemeinschaft hat aber die interessante Tatsache zur Folge, daß die Schomburg Söhne A.-G. die selbst mit einem Verlust von 150 000 M. abgeschlossen hätte, durch die vertragliche Gewinnberechtigung der Aktionäre bei der Porzellanfabrik Kahla einen Gewinn von 284 000 M. ausweist, während die Porzellanfabrik Kahla, die einen Reingewinn von 908 000 M. erzielte, ohne Dividende bleiben muß, weil sie außer der Deckung des Vorjahrsverlustes (417 000 M.) an die Schomburg Söhne A.-G. 435 000 M. abzuführen hat. Der verbleibende Ueberschuss von 42 000 M. wird vorgetragen. Von dem besonders im Auslandsabfah sehr bemühten Rosenthal-Konzern (für die Verbindung mit der Elektrizitätsindustrie spricht die Interessengemeinschaft Rosenthal-UEG.) liegt der Geschäftsbericht der Muttergesellschaft vor. Die Porzellanfabrik Th. Rosenthal Berlin hat ihre Dividendenverteilung (5 Proz.) absichtlich niedrig bemessen, um die umfangreiche Abfahrorganisation im Ausland noch weiter ausbauen zu können und dafür das nötige Kapital bereitzuhalten. (Aktienkapital 6 Millionen; davon dividendenberechtigt 4,78 Millionen.)

Das Preisniveau in der Porzellanindustrie lag anfangs dieses Jahres noch 60 bis 70 Proz. über dem der Vorkriegszeit. Das ist außerordentlich viel. Die Versuche, durch die Lutherische Preisabbauaktion der Preishochhaltungspolitik entgegenzuwirken, hatten nicht viel Erfolg. In der Papierindustrie liegen die Dinge nicht viel besser. In der Glasindustrie wirken heute alle die Fortschritte der Technik einigermaßen preisregulierend. Da es sich bei den drei Industriezweigen weitgehend um kartellierbare Massenprodukte handelt, ist die starke Kartellierung begreiflich. Klar ist aber auch, daß sie für die Industrien selbst gefährlich ist, besonders in so abnormen und schweren Krisenverhältnissen wie den heutigen. Die Kaufkraft der Konsumentenmassen ist letztlich das Schicksal auch dieser Industrien. Kartelle zur Preisregulierung können diese Kaufkraft nur schwächen, ohne daß sie auf Dauer innerhalb der Industrien selbst mehr sein können, als eine Organisation zur gleichmäßigen Verteilung der Verluste. Wenn auch die Bilanzen und Geschäftsberichte im allgemeinen zeigen, daß die Unternehmer dieser Industrien bemüht sind, sich von übermäßiger Verschuldung freizuhalten, so ist diese Zurückhaltung doch kein Weg, der die Krise löst und auf Dauer die Rentabilität sichert. Rentabilität ist nur durch größeren und zunehmend steigenden Absatz zu schaffen, der den Verkauf beseitigt und den Belegschaften Beschäftigung gibt. Die Abfahrt von heute ist keine vorübergehende, sondern wegen des Mangels an Kaufkraftreserven im Inland eine dauernde. Solange diese Abfahrt allgemein fort dauert, sind Kartelle nur eine Hilfe für die ohnehin Starken. Gleichzeitig behindern sie aber den technischen Fortschritt in der ganzen Industrie. Ihre Bekämpfung ist daher aus privaten und volkswirtschaftlichen Gründen auf absehbare Zeit eine Notwendigkeit.

Haufe an der Berliner Börse.

Wirkungen der französischen Kapitalflucht.

Mit Ausnahme der Schwäche der Franken-Baluten war die Börse am Dienstag geneigt, die günstigen Momente zu beachten, so die Staatshilfe für den Erzbergbau, die weiteren Verhandlungen über amerikanische Kredite, die Uebertragung englischer Aufträge auf den Stahlmarkt und die Festigkeit der New Yorker Börse. Das durch die innerpolitischen Zustände vielfach ängstlich gewordene Publikum war eher zu Rückkäufen bereit, auch fanden verschiedentlich Deckungen statt, nachdem der Kredit überwunden ist. Die Ermöglichung der Provisionen für festverzinsliche Werte verfehlte unter diesen Umständen den Eindruck, da das Gesamtinteresse auf die Aktienmärkte gerichtet war, an denen die Spezialwerte teilweise eine außerordentliche Haufe durchführen konnten. Es ist ohne Zweifel, daß ganz nennenswerte Käufe französischer und belgischer Kapitalflucht für die verschiedenen Favoriten vorliegen. Auch englische Interessenten bemerkte man als Teilnehmer. Die Börse schloß unter Vernachlässigung der Nebenmärkte in den bevorzugten Papieren zu höchsten Tageskursen.

Zur Lage der Filmindustrie.

Erklärungen des Generaldirektors der Ufa.

Es ist natürlich, daß die Filmindustrie, die von dem Zerstreungs- und Unterhaltungsbedürfnis der Stadtbevölkerungen lebt, und lenklich allein auf die Kasseneinnahmen der Theater angewiesen ist, unter den leeren Tischen der Stadtbevölkerung besonders leidet. Es kommt hinzu, daß sie heute schon eine übergründete Industrie ist, der die Förderung durch alle offizielle Kriegspropaganda ebenso schlecht bekommen ist, wie der Mangel an Rentabilitätskontrolle während der Inflation. Seit die Währung stabilisiert ist, befindet sich die deutsche Filmindustrie deshalb im Zustand der Krise. Die massenhafte Arbeitslosigkeit hat diese Krise nur verschärft. Leider geht das Schicksal der Filmindustrie nun nicht nur das Privatkapital und die gutbezahlten Stars an. Da in ihr viele Tausende von Arbeitern, Technikern und Statisten beschäftigt sind und ihr Materialbedarf auch weit in andere Industriezweige einreißt, ist das Schicksal der Filmindustrie von erheblicher wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung.

Das bedeutendste deutsche und mitteleuropäische Filmunternehmen ist die Ufa. Da die Großbanken rechtzeitig erkannt haben, daß der Massenbedarf im Gegensatz zur Produktionsmittelindustrie eine wenn auch magere, so doch merkbare Kuh ist, begannen wir ihnen auch in der Filmindustrie. Bei der Ufa ist es die Deutsche Bank. Auf dem Weg über hohe und teure Kredite ist sie seit Jahresbeginn die Beherrscherin der Ufa geworden.

In den letzten Wochen hat man sich über das weitere Schicksal der Ufa wieder beunruhigt. Neuerer Anlaß ist der Rückgang der Ufaaktien an der Börse. Da die Kapitalinteressenten der Ufa mit Recht jede fernationale Erörterung der Lage der Ufa fürchten, zogen sie es vor, ihr durch Erklärungen vorzubehaupten. Sie gab kürzlich Generaldirektor Dr. Bausback, der Treuhänder der Deutschen Bank, im Anschluß an eine Amerikareise.

Diese Reise habe nicht der Kapitalbeschaffung geaulten, wenn auch unter anderem einer vorsichtigen Sondierung, unter welchen Bedingungen für die Ufa Kapital zu beschaffen sei. Kapitalbedarf sei natürlich vorhanden, was bei dem kostspieligen Produktionsprogramm der letzten Jahre nur beargwöhnt sei. Die Ufa habe auch (trotz der Amerikadarlehen) Bankschulden, die wenigstens in der nächsten Zeit nicht aus den laufenden Einnahmen zu decken seien, deren Umwandlung in eine Kapitalschuld immerhin ins Auge gefaßt werden müsse; doch bestehe darüber noch kein Plan. Das Geschäftsjahr habe am 31. Mai geschlossen. Die Bilanz sei noch nicht fertig. Es stehe aber fest, daß kein buchmäßiger Verlust entstanden sei. (Ein Bilanzverlust könnte also ausgemittelt werden, was eine Kapitalzusammenlegung immerhin in den Bereich der Möglichkeit rückt. D. R.)

Von der Auswirkung der Verträge sei heute eine Amerikanisierung der Ufa und des deutschen Films weniger zu befürchten als früher. Ohne Verständigung mit der Ufa könne nichts in dieser Richtung geschehen; das sei vertraglich festgelegt. Die Aufnahme des deutschen Films in Amerika sei heute günstiger als früher. Das sei wegen des viel zahlreicheren amerikanischen Publikums für die Ufa auch finanziell von Bedeutung, besonders für einen Film wie Metropolis, der bis jetzt schon über vier Millionen Mark gekostet habe.

Das Auslandsgeschäft sei in der letzten Zeit befriedigend. In günstigen Absatzgebieten seien in geeigneter Form neue Vertriebs- und Theatergesellschaften gegründet worden. Mit Ruheland laufen zwar Verhandlungen; finanziell seien sie aber zunächst ohne Bedeutung. Das Produktionsprogramm umfasse bereits 34 Filme, werde aber die vorgezeichneten 40 noch etwas übersteigen. Jedoch würden in Zukunft nur die größeren und besseren Filme von der Ufa selbst hergestellt. Der Hallenbau in Babelsberg mache die Produktion endlich von der Witterung unabhängig. Weitgehende Ersparnismaßnahmen, besonders in der Bereinigung und Neuorganisation der Verwaltung seien in Vorbereitung. Verkäufe aus dem eigenen Besitz von Theatern seien noch nicht erfolgt. Von den Ersparnismaßnahmen erhoffe man eine Verringerung der Kosten um mehrere Millionen Mark.

Die Ufa wird also im stillen saniert. Das wird man als das Ergebnis der Ausführungen und den Sinn der Mission Dr. Bausbacks feststellen dürfen.

Der Kredit der Getreidehandelsgesellschaft. Die Beratungen des Reichsrats hinsichtlich der Ueberweisung des 30-Millionen-Mark-Kredits an die Deutsche Getreidehandels-G. m. b. H. konnten am Sonnabend, den 12. d. M., nicht zu Ende gebracht werden. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ erfährt, wird der Reichsrat in seiner Nachmittags Sitzung am 21. Juni nochmals zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Der Investment-Trust für Kommunalanleihen in Tätigkeit. Der Trust Federal Verein Investment-Trust erklärt in Ergänzung der kürzlich mitgeteilten Gründung nunmehr offiziell, daß eine ihrer Hauptaufgaben die Verleihung von Darlehen und Vergabung von Krediten an Kommunen, landwirtschaftliche Banken, öffentliche Werke und gutorganisierte Gesellschaften im Ausland sei, insbesondere in Deutschland, und daß sie vor allem Anleihen vergeben wird, die zu klein sind, um in Obligationenform auf den öffentlichen Markt in Amerika zu gelangen, und die andererseits zu langfristige sind, um von amerikanischen Banken auf normalen Geschäftsweg übernommen zu werden. Die Gesellschaft wird durch ihr Kapital und durch ihr Abkommen mit der Federal Reserve Bank in der Lage sein, derartige Kredite bis zu 100 Mill. Dollar zu vergeben.

HAG

Kaffee Hag, der coffeinfreie Bohnenkaffee, kann Lungenkranken, die immer zu beschleunigter Herztätigkeit neigen, nicht genug empfohlen werden.

Professor Dr. Möller

Ein ungebetener Gast.

Von Friedrich Natteroth.

Karl kannte schon die verstecktesten Winkel in den Ställen und in der Scheune, auf dem Boden und im Keller, doch dabei fühlte sich der Junge noch nicht im Haus seines Großvaters. Das Erlebnis der großen Stadt, in der er bis vor kurzem noch mit den Eltern gelebt hatte, war noch zu stark in ihm. Seine Zuneigung galt dem Großvater, der sie nur in der Art erwidern konnte, wie sich arbeitsüberlastete Bauernleute mit Kindern abgeben. Das städtische Sprechen des Kindes, dem der Dialekt des Dorfes noch unverständlich ist, seine drollige Wischbegier, brachten viel Lebhaftigkeit in das eintönige Leben des Dorfhäufes. Auch zu kleinen Dienstleistungen war Karl schon zu gebrauchen; vorläufig war das jedoch nicht viel.

Erregte Gespräche wechselten in dieser Zeit häufig zwischen den Anverwandten. Sie verstummten, wenn Karl in der Nähe war. Man lachte und schob ihn zur Seite, forschte er allzu stürmisch nach diesen Gesprächsblättern. Nur das hörte er, daß immer von der Mutter die Rede war. Doch der Großvater schien verboten zu haben, mit dem Kind über die Sache zu sprechen, die sie alle beschäftigte.

Am nächsten Sonntagmorgen rüstete sich der Großvater statt zum üblichen Kirchgang zu einer Ueberlandwanderung, er zog sogar die schwarzen Feiertagsgewänder an. Der Junge ahnte, daß dieser Gang mit der Mutter zu tun haben mußte, die seit einiger Zeit fern vom Haus weilte.

„Warum darf ich nicht mit?“ bettelte der Knabe.
„Diesmal nicht, mein Junge.“ Der Großvater mußte nicht recht, was er seinem Enkel antworten sollte. „Rein, nein, es ist besser, wenn du nicht dabei bist. Heute ist da kein rechter Platz für dich. Nächsten Sonntag, denke ich, wird deine Mutter zu uns kommen.“

Karl verbiß kaper seine Enttäuschung. Er hatte es schon mit seinen acht Jahren begriffen, daß Tränen am wenigsten in bösen Situationen helfen. Aber die Sehnsucht nach der Mutter machte es ihm nicht leicht. Wie immer, wenn der kleine Karl von Kummer oder Born befallen war, vermochte er nicht zu essen. Bei Tisch machte die Tante einige anzügliche Bemerkungen über die Mutter, die er dem Sinn nach nicht verstand, über die sie und ihr Mann aber laut lachten. Die Beiden hatten selbst noch keine Kinder, sie liebten den kleinen Eindringling nicht. Karl war dem Angriff schon gewappnet, mit überlegener Sicherheit rief er ihnen zu:

„Mutter wird so lange warten, bis ich groß bin! Ihr werdet sehen, dann heirate ich Mutter, und wir ziehen wieder in die Stadt!“
Sie lachten nun noch mehr. „Da kommst du reichlich zu spät. Deine Mutter hat lang genug auf dich gewartet.“

Die Tante erinnerte sich an das Verbot ihres Vaters und verschlang den Rest ihrer Bosheiten.

Karl war durch die Anspielung auf die Untreue der Mutter bis ins Innerste erregt. Er beschloß ja ihr heiligstes Versprechen, ihr unter Küffen nach dem Tod seines Vaters abgenommen, wenn er glaubte, sie mit seinem Zukunftsprojekten trösten zu können. Das war nicht wahr, was die Tante sagte, aber ach, wie sollte er sich Gewißheit verschaffen? Schrecklich lang währte die Zeit, in der man warten mußte, ehe man ein Mann war. Karl lief von Tisch fort in den Stall, um mühselnde Seelen zu finden. In trüger Ruhe und wiederkehrend lagen die Kühe auf ihrer Streu, sie waren stumme Wesen, aber sie verstanden ihn. Karl hielt ihnen feierlich eine Rede auf die Schönheit und die Treue seiner Mutter. Die Bieste, die am letzten hinten lag, antwortete ihm zustimmend mit einem langgezogenen „Muh“, weil sie jedenfalls die jüngste und unvernünftigste war.

Aus dem ganzen Gebaren des Kindes sprach vernachlässigte Erziehung. Als kluger aufgeweckter Kopf, in dem sich durch wechselvolle Schicksale schon starke Eindrücke gesammelt hatten, war er der Dorfjugend seines Alters weit voraus. Der Lehrer in der Schule protegierte ihn und unterstützte seine Wischbegier, ja, er gab ihm unentgeltlich Lehrstunden und überließ ihm die Besuche aus seiner eigenen Seminarzeit. Das war die glücklichste Zeit in der Jugend dieses Kindes, denn später nach Erstarren und Wachsen seines Körpers war es bei der vielen Arbeit in der Wirtschaft mit dem Veten und Lernen vorbei. In der großen Stadt wäre eine solche frühreife Begabung kaum aufgefallen, sie erzieht die Jugend nur zu schematischen Leistungen. In Karl dagegen tobte sich eine ungezügelt Phantasie aus, sie füllte immer schnell die Lücken aus, die der Tod des Vaters, der Weggang der Mutter in die Gewohnheiten seines Lebensganges riß.

Der Vater war als schwerkranker Mann einige Monate vor seinem Tode noch mit der Hoffnung auf Genesung aus der großen Stadt hier nach dem Dorf übergesiedelt. Als ihnen der Schwiegervater diesen Vorschlag machte, hatte der kluge und redliche Kleinbauer wohl gewußt, daß er das Schicksal nicht korrigieren würde, aber es betraf seine Lieblingsnichte, die er gern wieder zu Hause gesehen hätte und der er auch noch vieler Trübsal die bevorstehenden schweren Stunden leichter machen wollte. Der Tod des Mannes nahm plötzlich Fesseln von allen, besonders von dem Knaben, der arg unter seiner übermäßigen Strenge und Rechtsaberei, wie sie langjährigen Kranken eigen ist, gelitten hatte. Doch schon zeigten sich neue Bindungen unter den veränderten Verhältnissen.

Die Mutter hielt es nicht lange aus im Heimathaus, trotz der Liebe zu ihrem Kinde, das sie unter dem Schutz des alternden Vaters zurücklassen mußte. Zu eng waren die Verhältnisse hier für die Frau, die in der Stadt ein freieres Dasein geführt hatte. Die schwere Fron der Landarbeit, die mißgünstigen Blicke ihrer Schwester und des jungangekränkten Mannes mochten der jungen Witfrau zur Entschuldigend dienen, daß sie wieder fort wollte. Der Großvater schwieg sich aus, er ließ jedes seiner Kinder die eigenen Wege wählen.

Nach verschiedenen fehlgeschlagenen Heiratsaussichten war sie in einem etwa zwei Wegstunden entfernten Dorf als Wirtshalterin auf einem frauenlosen Hof angekommen. Der Landmann, der gleichzeitig noch einen Ausschank hatte, war froh, daß er eine frische und lebhafte junge Frau fand, die Wirtschaft und Gärten vorstand und mit viel Liebe und Geduld seine kleine verwahrloste Kinderzucht betreute. Als ihr Vater dieses neue Lebensverhältnis seiner Tochter durchschaut hatte, behielt er Karl, seinen Enkel, bei sich. Karl aber war so scharfsichtig, daß er merkte, mit Mutters Fortgang war es allein nicht getan, es würden sich daraus noch andere Enttäuschungen für ihn ergeben. Darum war er auch so hellhörig geworden für alles, was Mutter betraf. Und heute hatte ihn schon der Großvater nicht mitgenommen.

Zum Glück war noch ein Wesen im Haus, das beinahe einen ähnlichen Schmerz wie der Junge fühlte. Das war der Spiß, der vernünftige Liebling seines Herrn, der auf Schritt und Tritt ihm folgte, aber heute auch zu Hause gelassen wurde. Sein Herr hatte

Der Tag der Abrechnung.



nur gesagt: „Spiß, heute kannst du nicht mit!“ und Spiß war als folgloser Hund mit hängendem Schwanz traurig ins Haus zurückgeschlichen. Eine solche Abfuhr erhielt Spiß eigentlich nur, wenn sein Herr Sonntags in die Kirche ging, aber da sah er dann an der Kirchentür und wartete, bis er wieder herauskam.

Spiß überlegte mit seinem Hundeverstand, wie er sich zu diesem neuen Gebaren seines Herrn verhalten sollte, auf eine längere Trennung war er nicht eingerichtet. Sein Herr hatte den Stock mitgenommen und das Dorf verlassen; er mußte demnach doch zu erreichen sein. Spiß suchte nach einem Helfer in seiner Verlassenheit; er stieß auf Karl, der bisher sein erklärter Feind gewesen war, weil er glaubte, daß ihm dieser die Kunst seines Herrn stahl. Mit billigem Humor hatte er bis jetzt die Freundschaftsbeteuerungen des Jungen abgelehnt, ja, mehrfach mußte er für sein leidenschaftliches Verhalten den Stock fühlen, denn er litt nicht, daß Karl an der Seite seines Großvaters aufs Feld lief oder sich gar ihm auf den Schoß setzte, was doch seine angestammten Rechte von Jugend auf waren.

Ruh sah er, daß der Junge einen gleichen Kummer wie er selber hegte. Dem konnte selbst ein tapferes Hundehertz nicht widerstehen, denn Tiere sind treuer und selbstloser in ihren Regungen als die Menschen.

Er wedelte sich an Karl heran und bot „Gut-Better“ an, das war nicht mißzuverstehen. Dann setzte er sich auf die Hinterpfoten und machte Rännchen, bis der Knabe ins Laden kam. Dieser neuen Freundschaft erschloß sich Karl ohne Bedenken, im Nu waren Trauer und Kummer wie weggewischt. Bei dem Ringkampf, den sie beide sofort ausführten, unterlag der Spiß; er wollte wenigstens so tun, als sei er der Schwächere. Dafür hatte er aber draußen auf dem Hof Gelegenheit, Karl seine besten Schelmstücke und Fertigkeiten vorzuführen. Er jagte die Hühner aus ihrem Mittagschlaf in der Sonne auf, bis diese spektakelnd auf das Hoftor flogen, er biß den fetten Hammel in die Beine und jagte ihn dreimal um den Mist herum. Das Beste aber war, wenn er sich an die Schweineföden heranschickte, wo die Tiere vergnügt grunzend den Rüssel durch die Latentür hielten, jetzt jedoch bei dem Ueberfall durch Spiß laut aufquiekten und rumorten. (Schluß folgt.)

Die Kakaoproduktion der Welt.

Zu den in der gesamten zivilisierten Welt beliebtesten Genussmitteln gehören seit dem letzten Jahrhundert der Kakao und die aus ihm hergestellte Schokolade. Besonders in Deutschland, das seit dem Friedensschluß keine Anbaugelände des Kakaos mehr besitzt, und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die beide als Verbrauchsländer alle anderen Staaten weit übertreffen, erfreuen sich Kakao und Schokolade hervorragender Berücksichtigung und sind in beiden Ländern zu einem regelrechten Volksernährungsmittel geworden. Aus diesem Grunde mag ein Ausblick auf die Anbauländer des Kakaobaumes von einigem Interesse sein. An der Spitze der Anbauländer stehen Brasilien, Ecuador und die westindische Insel St. Thomé, die gewöhnlich jährlich je 40 bis 50 Millionen Kilogramm liefern. Die Ernten Venezuelas und der ihm vorgelagerten, aber im britischen Besitz befindlichen Insel Trinidad betragen 20 bis 25 Millionen Kilogramm. Auf Britisch-Westafrika und die Dominikanische Republik auf der westindischen Insel Haiti entfallen ebenfalls 20 Millionen Kilogramm. Granada (Nicaragua) erntet jährlich 5 Millionen Kilogramm. Unsere früheren Schutzgebiete, deren Anbauflächen sich bei Ausbruch des Krieges noch in der Entwicklung befanden, lieferten zusammen rund 4 Millionen Kilogramm. Der Hauptteil entfällt hierauf auch heute noch auf Kamerun. Die gleiche Ernte weisen die Inseln Jamaika und Caylon auf. Je 3 Millionen Kilogramm entfallen auf den restlichen Teil von Haiti, Niederländisch-Indien und Fernando Po. Unter den Gebieten, die ein noch niedrigeres Erntergebnis aufweisen, hoben für den Weltmarkt nur noch das Belgische Kongogebiet, Madagaskar und Kuba Bedeutung. Versuche, den Kakao im südlichen Europa anzupflanzen, haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Gesamtproduktion an Kakao auf dem Erdball betrug in den letzten Jahren durchschnittlich rund 400 Millionen Kilogramm und dürfte sich wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich verändern. Der verhältnismäßig hohe Preis des Kakaos verhindert auch heute noch vielfach, daß der Kakao zu einem tatsächlichen, allgemeinen Volksernährungsmittel wird. In wirtschaftlich noch nicht vollentwickelten Ländern ist er auch heute noch in den unteren Volksschichten kaum bekannt.

Juttas Vorgänger.

Die Prinzessin Jutta Milija von Montenegro, medienburgischen Gebiets, hat sich mit ihren stätlichen Abfindungsbedingungen bekanntlich auf den Verfallener Vertrag gestügt und damit beinahe sozial Aufsehen hervorgerufen wie die medienburgischen Herzogstochter, die ihre Bettrenten vom deutschen Volke ausgewertet verlangen.

Die Aufregung ist nicht zu verstehen, es sei denn, als Folge zu großer Bergeglücklichkeit. Jutta hat heute genügend Partner im Auswertungsrennen, deren Ansprüche gleichfalls nur auf Schöpfungen beruhen, die gewaltsam von ausländischen Mächten den Deutschen aufgezwungen wurden. Jutta, die sich auf das von den Siegern im Weltkrieg zu Versailles geschaffene und Deutschland auskotrozierende Recht beruft, ist vielleicht eine Junitikerin, aber noch längst nicht die Schlimmste unter den Helden der deutschen Fürstenaufwertungs-gesellschaft. Sie profitiert nur von einem Recht, das ohne sie geschaffen wurde. Manche ihrer Genossen aber begründen ihre Ansprüche auf den offensibaren Vaterlands- und Volksverrat, den ihre Vorfahren zu Napoleons I. Zeiten begangen haben, der sie dafür mit Rängeerhöhungen und Erweiterung ihrer Gebietsgrenzen belohnte.

So z. B. in Württemberg, dessen regierendes Haus erst vom Napoleon I. die Königskrone erhielt. Sein erster König, Friedrich, stieß als Herzog von Württemberg vor den französischen Truppen außer Landes, nachdem er die Staatskassen gründlich geleert hatte und ein Leben geführt, wofür ihn sein Volk wie einen Hund erschlagen hätte, würde er sich ihm in die Hand gegeben haben. Er gab sich lieber in die Hand des Landesfeindes, zahlte zehntausende von Louisd'ors Bestechungsgelder an französische Funktionäre und verbündete sich 1805 mit Napoleon I. gegen die deutsch-österreichische Koalition gegen den Korfen. Dieser machte ihn dafür im Preßburger Frieden zum König von Württemberg, das durch die von Napoleon vorgenommene Säkularisation der geistlichen Länder und Reichsstädte in Schwaben vergrößert wurde. Der neugeborene König setzte sein als Herzog begonnenes Luderleben unter Napoleons Schutz fort und trieb es so toll, daß selbst der zahme Geldschreiber Fr. Chr. Schloffer seinen Zeitgenossen erklären mußte: „... Das Verfallungsrecht wurde aufgehoben. Aufrechte Männer wurden mit schwerer Festungsarbeit, ungehörige Frauen mit Zuchthaus bestraft. Die Gerichtsurteile erfuhr durch den Despoten meist eine Verschärfung. Alle Einnahmequellen zog der unduldsame Herrscher für seine persönlichen Reigungen heran. Die Steuerherrschaft wurde in unerträglich Weise angezogen. Handel und Wandel litten furchtbar.“

Und dieser deutsche Mutterkönig hielt so fest zu Frankreich und Napoleon, daß er alle Kräfte seines Landes aufbot, um ihm in größerer Zahl als erforderlich tapfere Scharen gegen Preußen 1806, gegen Oesterreich 1809 und gegen Rußland 1812 zuzuführen. Erst nach der Schlacht bei Leipzig fing er ungern an, sich den Verbündeten zu nähern.“

Und wie war es denn in Bayern? Der erste bayerische König Maximilian Joseph I. empfing gleichfalls seine Krone aus Napoleons I. Händen, nachdem er bis dahin simpler Kurfürst gewesen. Dieser erste König der deutschen Ordnungszelle war von Beruf — französischer Offizier, der erst nach der französischen Revolution in die Heimat zurückkehrte. Er wurde Napoleons I. Bundesgenosse im Kampf gegen Oesterreich und Rußland. Napoleons Sieg über die Oesterreicher wurde am 2. Dezember 1805 in München glanzvoll gefeiert; im Anschluß daran erfolgte am 1. Januar 1806 Maximilians Krönung zum König, verheiratet sich, in Gegenwart Napoleons I. und seiner ersten Gattin Josephine, deren Sohn Eugen Beauharnais mit der ältesten Tochter des bayerischen Königs verheiratet wurde. Die Freundschaft war so groß, daß die „Münchener Staatszeitung“ ihren Festartikel mit den Worten beginnen mußte:

„Hoch lebe Napoleon, der Wiederhersteller des bayerischen Königums“. Natürlich mußten auch bayerische Truppen mit nach Rußland; rund 30.000 Mann ließen dort für Napoleon ihr Leben und taufen so mit ihrem Blute den Bund ihres Königs mit dem Landesfeind! — Auch sonst war dieser erste Maximilian von Bayern eine seine Nummer; wenn seine Hofdamen und Kammerjungen schwanger wurden, erhielten sie von ihm 60.000 Gulden aus der staatlichen Schuldentilgungskasse und einen — Offizier zum Manne!

Man kann verstehen, daß die Auswertungsrennen alle diese und ähnliche historischen Reminiscenzen gern ad acta legen und nicht weiter darüber reden möchten. Um so nötiger ist es, daran am 20. Juni zu denken, damit das heutzutage Geschrie über die eine Jutta nicht gar noch ernst genommen werde! Jutta ist eben keine Prinzessin, sondern nur gut konservierte Kasse!

